Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Floraste. 7, Tel. 127 92 . Druck u. Versand Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14 . Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 33 | Düsseldorf, den 16. August 1930 | Versandort Krefeld

Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit

Glänzender Auftakt unseres Verbandstages in Dresden.

Zu einem glänzenden Auftakt unserer Verbands-Generalversammlung gestaltete sich die Eröffnungs-Kundgebung des Verbandstages am Sonntag, den 3. August, in Dresden. Im festlich geschmückten großen Saale des Künstlerhauses fanden sich die Delegierten von 80000 christlich organisierten Textilarbeitern, die Führer unseres Verbandes zusammen, um den für die Beratungen der folgenden Tage grundlegenden Vortrag Herrn Prof. Dr. Brauer's zu hören und ihrem Wollen der Oeffentlichkeit gegenüber Ausdruck zu geben.

Zahlreiche Ehrengäste, Vertreter der Regierung, der geistlichen und weltlichen Behörden, befreundeter Organisationen und zahlreicher Bruderverbände nahmen an der Kundgebung teil.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Bezirksleiters für Sachsen, Kollegen Heinr. Picker, eröffnete der Verbandsvorsitzende, Kollege Heinrich Fahrenbrach, die bedeutsame Tagung und machte einführend etwa folgende Ausführungen:

Wirtschaftskrise und Radikalismus.

Drei Millionen deutscher Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern haben keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Mit deren Angehörigen sind etwa zehn Millionen Volksgenossen betroffen. Dazu kommt das Heer der Kurzarbeiter. Weitere Millionen sind unausgesetzt von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht.

Solche Notzeiten hat die soziale wie die politische Reaktion stets zur Verwirklichung ihrer Pläne auszunutzen gesucht. Sie bemüht sich mit allen Kräften, Sozialversicherung, Schlichtungswesen und Tarifverträge zu beseitigen, sowie den politischen Einfluß der Arbeiterschaft zurückzudrängen. Sie scheut sich nicht, die Arbeitnehmer verantwortlich zu machen für diese furchtbare Wirtschaftskrise, trotzdem man ihnen jedes Recht der Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft vorenthalten möchte. Wir Arbeiter müssen jede Verantwortung für die Krise ablehnen, müssen diese vielmehr, soweit Menschen dafür verantwortlich zu machen sind, jenen voll und ganz aufbürden, die die Leitung der Wirtschaft als ihr Vorrecht beanspruchen und ausgeübt haben. Sie haben jetzt die Führerfähigkeit zu beweisen.

Wo immer durch den Ansturm der Reaktion der Arbeiterschaft Positionen verloren gehen, werden wir sie wieder zurückerobern.

Das ist unser unbeugsamer Wille. Voraussetzung für den Erfolg ist jedoch eine weitere Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen.

Der Radikalismus sucht bei den Opfern der Krise eine Verzweiflungsstimmung zu erzeugen und zu nähren, sucht sie für seine Umsturzpläne zu gewinnen. Unsere Kundgebung soll die Gefahren aufzeigen, die unserem deutschen Volke und seiner Kultur drohen.

Wir sind keine Umstürzler. Kommunistische und sozialistische Experimente lehnen wir ab, weil sie doktrinär und wirklichkeitsfremd sind. Kommunismus und Sozialismus haben sich bisher unfähig erwiesen, große historische Aufgaben zu lösen. Wir lehnen sie aber nicht nur aus Klugheitsgründen ab, uns trennt eine Weltanschauung.

Christentum und Sozialismus stehen heute wie zu Bebels Zeiten einander gegenüber wie Feuer und Wasser.

Wenn wir auch den Kommunismus und Sozialismus ablehnen, so wollen wir doch auch heute laut verkünden, daß unser Streben gerichtet ist auf eine sinnvoll geordnete Wirtschaft, die der Befriedigung natürlicher, gesunder Bedürfnisse und damit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes dienen soll, einer Wirtschaftsordnung, deren treibender Motor nicht hemmungsloses Gewinnstreben ist, sondern der lebendige Mensch mit seinen Ewigkeitswerten und Ewigkeitszielen.

Mit lebhaftem Beifall behandelte die Versammlung ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Nach einigen wirkungsvoll vorgetragenen Konzertdarbietungen des Philharmonischen Orchesters gab der Vorsitzende sodann das Wort Herrn Prof. Dr. Brauer zum Hauptreferate. Mit herzlichem Beifall von der Versammlung begrüßt, sprach Brauer nun über:

Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit.

Wir haben Brauers Rede schon vorher in der Disposition gelesen. Sie war wie ein kostbarer Kristall, der von einem Forscher und Sucher aus dem Dunkel der Erde ans Licht des Tages gefördert wird. — Brauers Rede bot uns diesen Kristall veredelt und geschliffen, mit ungezählten leuchtenden Licht-Reflexen; sie zeigte uns, daß der Forscher und Sucher zugleich ein Künstler und Meister ist, der sein Innerstes, seine Seele, selbst in seine kostbare Arbeit legt. Lebendige Bilder von eindringlicher Erkenntnis- und Ueberzeugungskraft, packend und aufrüttelnd, gaben seinem Vortrage eine Wucht, der sich kein Zuhörer entziehen konnte. Scharf und klar konzentrierten seine Ausführungen sich in der Folgerung, als höchste dringlichste nationale Aufgabe die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erstreben, aus denen wir die Grundgedanken hier wiedergeben:

Die Massenarbeitslosigkeit ist der schreiendste Widerspruch gegen alle Glückserwartung, mit deren Verheißung und Ausmalung die Interessenten, unterstützt durch einen Teil der Wissenschaft, die bestehende Wirtschaftsverfassung schmackhaft zu machen trachten. So sehr ein Land, wie Deutschland, unter dem besonders unerträglichen Druck der Verstümmelung durch den Friedensvertrag und der Reparationslast zu leiden hat —

die riesige Arbeitslosigkeit des rohstoff- und kapitalreichsten Landes der Welt, der Vereinigten Staaten von Amerika, beweist unwiderleglich, daß die letzte und tiefste Ursache für das Uebel in organischen Fehlern der gegebenen Wirtschaft zu suchen ist.

Der Zusammenhang mit der Kultur ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß rein mengenmäßig das Kulturfachgebiet „Wirtschaft" eine immerfort steigende Bedeutung für die Kultur überhaupt erlangt hat. Wenn heute 51,3 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig sind, gegenüber erst 42,7 Prozent im Jahre 1895 und 45,7 Prozent selbst noch im Jahre 1907, so veranschaulicht dies plastisch die grundlegende Bedeutung des Wirtschaftsstandes für das Gesamtgebiet der Kultur. Es liegt ein immer mehr verstärkter Einbruch des Wirtschaftlichen in das Gesamtleben vor, so daß dieses Gesamtleben auf die Situation der Wirtschaft mit steigender Empfindsamkeit reagieren muß. Immer und jederzeit war und ist die praktische Kulturbetätigung von einem Mindestmaß wirtschaftlicher Sicherstellung des Menschen bedingt.

Arbeitslosigkeit gefährdet unter allen Umständen dieses Mindestmaß, wirkt also unter allen Umständen kulturell bedenklich.

Die Arbeitslosigkeit ist nun gewiß zu einem Teil das Erzeugnis eines besonders tiefen Tales in der wirtschaftlichen Wellenbewegung, so daß sie zu diesem Teil voraussichtlich wieder überwunden werden kann. Ein anderer Teil der Arbeitslosigkeit wird durch das regelmäßige Anziehen und Abstoßen von Arbeitskräften im Anschluß an das „normale" Auf und Ab der Wirtschaft bedingt: jede Entwicklung zieht Kräfte an, bis auf der nächsten Stufe der Wirtschaft eine Art von Ausgleich erreicht ist. Jedoch über dieses Maß stößt die heutige Wirtschaft weit hinaus, wodurch sich dann ein Wiederabstoßen von Arbeitskräften bis zum nächsten Aufstieg zwangsläufig ergibt. Ein dritter Teil der Arbeitslosigkeit aber ist offenbar durch Veränderungen in der Struktur der Wirtschaft bedingt, die teils außerwirtschaftlicher Natur (Krieg, Staatengründung, Inflation, Mode), teils wirtschaftlichen Charakters (Rationalisierung, Quotenhandel) sind.

Hier droht die unermeßliche Gefahr des Arbeitslosseins sozusagen als Beruf.

Was für ein Typ von Menschen und Gruppen daraus hervorgeht, läßt sich nur ahnen, nicht genau bestimmen. Jedenfalls stehen wir hier vor der unheimlichen Gefahr des Aufkommens eines Lumpenproletariats, das in seiner bloßen Existenz ein Hohn auf alle Kultur ist.

Die Kulturbedrohung durch Arbeitslosigkeit äußert sich dreifach, indem sie die Persönlichkeit und die Familie und die Gesamtheit in ihrer Kulturkraft schädigt.

So sicher es ist, daß bei vielen Menschen die Entfaltung der Persönlichkeit in ihren wertvollsten Anlagen des schmerzenden Stachels von Leid und Notlage bedarf, so kann doch die besondere Notlage aus längerer, insbesondere aussichtsloser, Arbeitslosigkeit in der Regel nicht als eine solche Antriebskraft angesprochen werden. Vielmehr ist deren regelmäßige Wirkung ein seelischer Druck, der die Energien lähmt und stets von der Katastrophe einer Verzweiflung am Leben, an den Verhältnissen und an den Menschen bedroht ist.

Sind die Folgen der Arbeitslosigkeit für jede menschliche Persönlichkeit von kaum abzuschätzender verderblicher Tragweite, so sind sie für **die Jugend** durchweg besonders verhängnisvoll. Länger dauernde Arbeitslosigkeit ist ein Bruch in seiner Entwicklung, und zwar gerade an dem Punkte, der als besonders kritisch anzusehen ist. Sie verhindert die Entfaltung der unentbehrlichsten sozialen Eigenschaften bei dem jugendlichen Menschen. Sie verkümmern sein Wesen in bezug auf geistiges Wachstum. Sie macht ihn notwendigerweise radikal, und zwar in asozialem, wenn nicht in antisozialem Sinne. Sie verhindert das Auswachsen seiner Gesamthaltung zum normalen Menschen; sie fördert das Ressentiment; infolgedessen überwuchern die Instinkte. Es fehlt das Unterscheidungsvermögen für Gut und Böse. Kann der junge Mensch nicht durch Arbeit, als Leistung der sittlichen Persönlichkeit, seine eigene Persönlichkeit prägen, so verfällt er mit erschreckender Leichtigkeit dem perversen Hang ungezügelter Phantastik, die ihn irgendwie zum Abenteurer werden läßt. Denn er kann des persönlichen Selbstbewußtseins nicht entraten und wird deshalb dem Geltungsbedürfnis in krankhafter Weise frönen, weil ihm der normale Zugang zum sozialen Geltungsbedürfnis verwehrt ist. Wenn auch die jugendliche Arbeiterin durch Natur und Veranlagung weniger gefährdet ist als der junge Mann, so ergeben sich für sie, falls mit ihrem Verdienst unter allen Umständen gerechnet werden muß, ganz besondere Gefahren aus ihrem Geschlecht. Die Feinheit weiblichen Empfindens aber ist und bleibt eine der wesentlichsten Grundlagen aller Kultur.

Vornehmster sozialer Träger der Kultur ist die Familie.

Wo sie in ihrer Gestaltung und Entwicklung aufgehalten oder behindert wird, wird bestehende Kultur erschüttert und das Kulturvermögen in katastrophaler Weise vermindert. Nun ist der familienhafte Zusammenhang zweifellos materiell, geistig und seelisch bedingt. Arbeitslosigkeit der Familienglieder, die nicht bloß vorübergehendes Mißgeschick ist, ruiniert die materielle Grundlage der Familie und greift die geistigen und seelischen Grundlagen der Familienhaftigkeit entscheidend an.

Wo der arbeitslose Vater nicht Ernährer sein kann, bricht das unentbehrliche, tragende Gerüst der Familie zusammen, sind Autorität und Ehrfurcht in ihrem Fundament bedroht.

Eltern, die infolge Erwerbslosigkeit ihren Kindern zur Last fallen, werden von diesen kaum als Segen empfunden. Arbeitslose Kinder andererseits sind für die Eltern Sorgenkinder in zwiefachem Maße. Man wächst nicht in Liebe zusammen, sondern lebt sich in Mißmut auseinander. Es kommt nicht zu der für Erziehung und Bildung, wie für das soziale Leben so überaus wertvollen Angleichung der Eigenarten. Infolgedessen kann die Familie ihre Funktion der sozialen Zellenbildung nicht erfüllen. Auch erschwert oder verhindert die Erwerbslosigkeit natürlich die Beschaffung des Eigenheimes und der eigenen Wohnung, so daß es nicht zu der Bodenständigkeit kommt, die das gesellschaftliche Leben fundamentiert, sowohl nach außen wie nach innen.

Chronische Arbeitslosigkeit verhindert den Aufbau des Berufsstandes,

weil sie immer aufs neue Gegensätze zwischen den zusammengehörenden Schichten der beruflichen Genossenschaft aufreißt, so daß das Zusammengehörigkeitsgefühl keine Wurzel schlagen kann. Damit ist aber dann auch das staatliche Leben den Gefahren des Ressentiments ausgesetzt; Verbitterung treibt zu klassenmäßiger Abspaltung, die öffentliche Moral wird vergiftet, und jedes Ausholen zu einer machtvollen Entwicklung des

Staates geht im Sumpfe des Partei- und Cliquenwesens unter.

Weil in vielen Hunderttausenden keine Berufsfreude erblühen kann, kommt es auch zu keiner staatsbürgerlichen Großzügigkeit.

Die Staatsgewalt sieht sich fortwährenden Hemmnissen gegenüber und sucht vergeblich, durch ein auf die Dauer unerträglich werdendes Ausmaß von Zwang zu erreichen, was nur die freie Hingabe des Bürgers und ständischer Dienst am Volk gewährleisten können.

Das Kulturleben selber in seiner Erhaltung und Förderung verlangt also dringend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf breitester Front.

Dieser Kampf hat von der eindringlichen Erkenntnis der organischen Fehler der bestehenden Wirtschaftsweise und Wirtschaftsverfassung auszugehen,

die den Untergang heraufbeschwören müssen, wenn man sie weiterwuchern läßt. Die in ihrem tieferen Zusammenhang erkannten Tatsachen erzwingen die Hinwirkung zu einer korporativen Wirtschaft, an deren Anfang die arbeitsgemeinschaftliche Betätigung auf allen Gebieten der Wirtschaft steht. Sie allein kann mit dem sozialen Leben auch das kulturelle Leben durch gemeinsame Beziehung auf das Gemeinwohl vor dem Zusammenbruch retten und zu positiver Entwicklung neu begründen.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Worten des Redners. Oft wurden seine Ausführungen unterbrochen durch lebhafte Zustimmungsäußerungen; — stürmischer Beifall dankte zum Schluß dem Referenten, der aus den Herzen aller Anwesenden gesprochen hatte.

Sodann richteten die schon vorher von Fahrenbrach begrüßten Gäste einige Worte an die Versammelten. Die Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche brachten ihre religiösen Wünsche zum Ausdruck, der Vertreter der sächsischen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Kittel, begrüßte den Verbandstag, indem er darauf hinwies, daß gerade Sachsen, wo 40 Prozent der Betriebe und 33 Prozent der Arbeitnehmerschaft zur Textilwirtschaft gehörten, besonders schwer unter der Arbeitslosigkeit leide und deshalb die Verhandlungen des Verbandstages mit besonderer Aufmerksamkeit verfolge. Im Namen des Deutschen Gewerkschafts-Bundes, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Reichsverbandes der Konsumvereine und der anderen befreundeten Verbände sprach der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Bernhard Otte, dem Verbandstag seine herzlichsten Wünsche aus. Otte wandte sich besonders gegen den lähmenden Pessimismus, der sich hier und da breitmache. Wir hätten in dem vergangenen Jahrzehnt Situationen überwunden, die ebenso schwer, vielleicht schwerer als die gegenwärtige gewesen seien, und müßten deshalb Glauben und Vertrauen haben, auch diesmal weiterzukommen. Dazu aber bedürfe es der besonderen Mitarbeit aller in Frage kommenden Kräfte. Am verderblichsten würde eine Flucht vor der Verantwortung sein.

Eine grundsätzliche Entschließung.

Sodann wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die erschreckend große und nahezu alle Kreise der Erwerbstätigen ergreifende Arbeitslosigkeit ist ein grausiger Beweis dafür, daß die Wirtschaft innerlich krank ist. Diese Krankheit dringt in unheimlicher Weise schnell und immer empfindlicher in das Leben des gesamten Volkskörpers vor. Insbesondere werden von ihrem unaufhaltsamen Vordringen alle Gebiete der Kultur erfaßt. Ein gewisses Maß von Existenzsicherheit ist schlechthin der Unterbau eines kulturellen Lebens; Arbeitslosigkeit von längerer Dauer gefährdet dieses Mindestmaß wirtschaftlicher Sicherstellung, wirkt daher unter allen Umständen kulturell bedenklich.

Schlimmste Kulturgefährdung beschwört jedoch chronische Arbeitslosigkeit herauf, jene, die geradezu dahin führt, daß das Arbeitslossein zum „Beruf" wird. Sie droht, die von ihr betroffenen Menschen in ein Lumpenproletariat hinabzustoßen, das, schlimmer noch als das ehemalige römische Proletariat, zum Vorbereiter und Begleiter des Untergangs unserer Kultur werden kann.

Die Kultugefahr der Arbeitslosigkeit beruht zunächst und vor allem darin, daß sie die Entfaltung der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen verhindert. Die Arbeit ist der mit den Lebenskräften zu verwirklichende Lebenssinn. Persönlichkeitsgestaltung ist abhängig von der Verwirklichung dieses Lebenssinnes. Wo letztere unmöglich wird, findet ein verhängnisvoller, ein unter Umständen tödlicher Bruch der Persönlichkeit statt. Ueber alles Maß gefährlich ist die Arbeitslosigkeit der jugendlichen männlichen Arbeiter. Sein natürlicher Heißhunger zum „Erleben" findet keine Dämpfung durch disziplinierende Tätigkeit, sein soziales Geltungsbedürfnis bleibt unbefriedigt, und so wird er von den Fangarmen des Abenteuers ergriffen, das ihn jenseits aller geltenden Werte stellt. Die jugendliche Arbeiterin unterliegt in der Zeit des Müßiggangs den besonderen Gefahren ihres Geschlechts; in ihr aber wird das für die Kultur unentbehrliche frauliche Feinempfinden überhaupt getroffen.

Die Gefährdung der Kultur durch Arbeitslosigkeit äußert sich sodann durch die Erschütterung im Familienleben, von dessen Gesundheit alle Gesellschaftsbildung und Kulturentwicklung letztlich abhängt. Chronische Arbeitslosigkeit des Familienernährers zerbricht nur zu leicht die Hierarchie in der Familie, untergräbt Autorität und Ehrfurcht. In einer durch Arbeitslosigkeit gestörten und zerrütteten Familie wachsen die Menschen nicht in Liebe zusammen, sondern man lebt sich in Mißmut auseinander. Verhindert, wenn nicht unmöglich gemacht, wird die Bildung des Heims, die für die Familienhaftigkeit und ihre intime Betätigung völlig unentbehrlich ist. Durch das Zusammenpressen von seelisch auseinandertreibenden Menschen entsteht ein psychischer und selbst physischer Druck, der das „Haus" in den Grundfesten anpackt. Empfindlichen Schaden leidet zumeist die Mutterschaft, die eigentliche Quelle des nationalen Daseins. Weil aber der Mensch aus der Familie seine erste, notwendigste und wichtigste Nahrung saugt, und das öffentliche Volksleben ein getreuer Spiegel des Familienlebens ist, wird mit der Familie das Gesamtleben in seiner Gestaltung und Entfaltung erschüttert.

Es kommt nicht zu dem Berufsstand, dessen Wesen zutiefst auch in der Familienhaftigkeit beruht, und im Staatsleben kann die Klassenspaltung ihren erbitternden und verbitternden Einfluß ausüben. Weil die staatliche Schicksalsgemeinschaft nicht erlebt und empfunden wird, erwächst erst recht nicht die nationale Aufgabengemeinschaft, die Individuum und Volk ihrer höchsten Bestimmung gemäß hebt und bildet. Die verschiedenen Kulturgebiete beginnen Not zu leiden. Gegen die Wissenschaft erhebt sich Mißtrauen und Haß, weil sie angeblich leer und hohl ist; die Faust versucht sich über den Geist zu setzen. In der Kunst machen sich Stillosigkeit und Nihilismus breit; das Widernatürliche triumphiert. Die Religion leidet unter der allgemeinen Verwilderung und bemüht sich vergebens, sich als Gemeinschaftskraft zur Geltung zu bringen.

Ueberwindung der Arbeitslosigkeit wird daher zur nationalen Tat und zur Rettung der Kultur vor dem Versinken. Es bedarf des Aufgebots der gesammelten Kraft aller, um ihre niederreißenden Wirkungen zurückzudrängen und dem Leben wieder die Kraft des edlen Aufschwungs zu geben. Staat und Volk in allen Schichten werden daher aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse sofort und unbedingt jede gegebene oder noch zu rettende Möglichkeit im Sinn der Schaffung von Arbeit restlos auszunutzen. Vor allem tut Gemeinschaftsarbeit der am Wirtschaftsprozeß unmittelbar Beteiligten not. Ihre Organisationen haben jetzt den Beweis zu liefern, daß sie gewillt sind, über das eigene Interesse das Gesamtinteresse zu stellen. In dieser Zeit der Not und Kulturgefährdung ist jede klassenmäßige Scheidung von Unternehmern und Arbeitern ein Verbrechen. Der christliche Textilarbeiterverband bietet aufrichtig die Hand zu jeder Arbeit von ehrlicher Zusammenarbeit. Schmiedet diese Zeit entsetzlichsten Leidens nicht alle Schichten des Volkes zu einträchtigster Rettungsarbeit zusammen, so verscherzt sich das deutsche Volk selber sein so mühsam errungenes und ohnehin von allen Seiten bedrohtes Recht auf völkisches Dasein. Der Untergang droht! Schmach jedem, der nicht sein Letztes an die Rettung setzt."

*

Mit herzlichen Dankesworten konnte Kollege Fahrenbrach die eindrucksvolle Kundgebung schließen, indem die Versammlung durch den Gesang des Deutschlandliedes ihrem sozialen und nationalen Willen Ausdruck gab: **Zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit ihre ganze Kraft einzusetzen.**

Arbeitslosigkeit, eine internationale Erscheinung

In Deutsch-Oesterreich wurden Ende Juni 1930 insgesamt 149 972 unterstützte Arbeitslose gezählt. Außerdem ist noch mit etwa 29 500 ausgesteuerten Arbeitslosen zu rechnen. Gegenüber der Zählung vom 15. Juni ergibt sich eine Abnahme um rund 6800 Personen. Ueber 50 v. H. der unterstützten Arbeitslosen entfallen allein auf die Stadt Wien und deren nächste Umgebung. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in Großbritannien. Hier wurden am 16. Juni 1930 rund 1 885 300 Arbeitslose, also 110 193 mehr als vor zwei Wochen, gezählt. Diese Ziffer überragt die Arbeitslosenziffer aus der gleichen Zeit des Vorjahres um 762 000 Personen. Die Zahl der am 26. Mai versicherten und in Arbeit stehenden Personen zwischen 16 und 64 Jahren betrug 9,7 Millionen; diese Ziffer liegt um eine halbe Million unter der vor einem Jahre. In Portugal waren im April von 40 000 Bauarbeitern rund 3000 arbeitslos; auch in der Schweiz hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Ende Mai waren bei den Arbeitsämtern 9545 Stellensuchende gegenüber 8791 Ende April eingeschrieben. Glücklichere Länder sind in dieser Beziehung Frankreich und Luxemburg. In Frankreich wurden am 17. Mai 952 Arbeitslose registriert, nach dem Stande vom 10. Mai konnten 5350 Stellenangebote nicht befriedigt werden; Luxemburg kennt seit dem Jahre 1921 überhaupt keine Arbeitslosen mehr, obwohl auch hier der Konjunkturrückgang fühlbar ist. In Italien wurden am 31. Mai dieses Jahres 365 159 Arbeitslose gezählt. Gegenüber April bedeutet das ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit. Umgekehrt läuft die Entwicklung in Japan. Die Regierung spricht von 310 000 Arbeitslosen, dem widerspricht jedoch die Presse, die mit 800 000 bis 1 Million Arbeitslosen rechnet. Auch in Japan macht sich ein Ueberschuß an Akademikern bemerkbar. Nur etwa 20 v. H. derjenigen Personen, die die Universitäten mit Diplom verlassen, finden Arbeit.

Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika müssen von einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit berichten. Die Schätzungen über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gehen auseinander. Vom Präsidenten des Gewerkschaftsverbandes wird mit 3,6 Millionen und von den Mitgliedern des Repräsentantenhauses mit 5 bis 6 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Das würde bedeuten, daß jeder vierte Arbeiter Amerikas arbeitslos wäre.

Spitzen, Stickereien, Gardinen und Tülle

Was die Wirkwarenindustrie für Chemnitz und das Erzgebirge bedeutet, das bedeutet die Spitzen- und Stickereiindustrie für Plauen und das Vogtland. Nachdem im 19. Jahrhundert die Tuchindustrie des Vogtlandes zusammengebrochen war, gelang es einem Baumwollhändler in Plauen, die Weißstickerei einzuführen. Es handelte sich um Handplattstichstickereien. 1836 wurde die erste Stickereimaschine konstruiert, die jedoch die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte. Zwanzig Jahre später wurden Schweizer Stickmaschinen eingeführt, die einfache Stickereien herstellten. Feine und feinste Stickarbeit wurde noch immer mit der Hand ausgeführt. Verbesserungen an den Stickereimaschinen bewirkten ein Aufblühen dieses Industriezweiges. Nicht nur im Inlande setzte man Waren ab, auch das Ausland fing an, sich für Plauener Stickereien zu interessieren. Weitere Verbesserungen der Maschinen und Fortschritte in künstlerischer Beziehung hoben den Erfolg so wesentlich, daß trotz der großen Schweizer Konkurrenz in den 80—90er Jahren des vorigen Jahrhunderts dieser Industriezweig sich erfolgreich behaupten konnte.

1880 kam als neuer Artikel die gestickte Spitze auf. Glatter Tüll wurde ohne Unterlage bestickt, das Erzeugnis nannte man Tüllspitze. Als sie in Paris das erste Mal auf den Markt kam, erregte sie großes Aufsehen. Französische, englische und amerikanische Firmen hatten großes Interesse für gestickte Spitzen. Die Tüllspitze wurde bald als „Plauener Spitze" bekannt. Einfache Stickerei- und Spitzenerzeugnisse wurden immer mehr zurückgedrängt. Die künstlerische Qualität hielt mit der technischen Vervollkommnung guten Schritt. Beim Entwerfen von Spitzenmustern sind heute zwei große Richtungen maßgebend, einmal hält man sich an große historische Vorbilder, die besonders für das Ausland in Frage kommen, dann gibt es die maschinengestickte Phantasiespitzenform, die in vielen Nuancen höchste Vollkommenheit erreicht hat.

Nach dem Weltkriege hat man dann auch der Vervollkommnung der Stickereien, besonders bedingt durch Rückgang des Spitzenkonsums, erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Nicht nur der weiße Wäschestoff wird bestickt, sondern auch bunte Grundstoffe bis zu den feinsten Seidenstoffen werden mit bunten Fäden in Wolle, Kunstseide, Seide und Metall bestickt.

Zu hoher Blüte hat sich auch die Gardinenindustrie entwickelt. Die gewebte Gardine hat eine glänzende Entwicklung genommen. Der Gardinenwebstuhl der Firma Richter (Chemnitz) auf der Hygiene-Ausstellung legt davon Zeugnis ab. Die gestickte und konfektionierte Gardine-Handarbeit auf gediegenem Grundstoff genügen den Anforderungen anspruchsvollster Märkte.

Gute und schlechte Zeiten haben diese Industriezweige abwechselnd gehabt, jedoch überwogen vor dem Kriege die guten Jahre. Gegen 150 000 Menschen konnten von diesem Industriezweig ernährt werden, und 150 Millionen Goldmark war der Ertrag dieser Industriezweige. Der Krieg hat das Bild wesentlich geändert. Die Stickerei- und Spitzenindustrie hat sich in der Nachkriegszeit noch nicht wieder ganz erholen können. Selbst kurze Blütezeiten, wie sie andere Textilindustriezweige zu verzeichnen hatten, blieben für diese Industrien aus. Die Spitzen- und Stickereiindustrie ist Exportindustrie. Weiterringen auf technischem und künstlerischem Gebiet, in Verbindung mit Qualitätsarbeit, die immer in der vogtländischen Spitzen- und Stickereiindustrie maßgebend war, werden auch jetzt hoffentlich dazu führen, daß sie sich den Weltmarkt wieder erobert.

A. F.

Beispiel

Ein sozialistischer Minister hat hunderttausend Mark für seine Möbeleinrichtung angefordert.

Wie, es sei heute keiner sicher, daß er's morgen, an die Macht gekommen, nicht genau so mache?

Mit Verlaub, mir stand — und steht heute noch — ein andres Beispiel — aus der freien Schweiz — vor Augen.

Ich hatte als Student, als später, eine Doktorarbeit „aufbekommen": Wie beeinflußt die Maschine die Arbeiterseele? Bücher sagten damals nichts darüber. Die Maschinen blieben auch stumm. Blieben die Arbeiter selbst. Die aber ließen sich nicht fragen von Studenten oder machten ihnen ein Griewesgrawes vor. Es gab nur eines: selbst die blaue Bluse anzuziehen und die Maschine zu bedienen. Aber wie herankommen an die mißtrauischen Maschinenmänner, die alle organisiert waren?

„Da kann nur der Alte helfen", sagte einer.

Wer der Alte war? Einer, der in jungen Jahren eingewandert war aus Schlesien. Der einzige „Einig'hockte", der Schwyzerdütsch sprach wie ein Schweizer. Der's dann vom Setzer langsam hochgebracht, und der jetzt Nationalrat war und Führer der Partei. Und der „in der Klus' da droben" wohne.

Ich werfe mich in meinen Sonntagsstaat. Ich pilgere hinauf. „Die schöne große Villa ist es, nicht wahr?" — „Nein", in dem Häusl weiter hinten wohnt er."

Kein Diener, keine Dienstmagd, nicht mal eine Glocke. „Chommet Sie, wir seind beim Esse", sagt die Tochter. — „Aber der Herr Nationalrat —". — „Der au", schiebt sie mich in die Wohnküche. Da sitzen sie um einen runden Tisch. Ein weißer Patriarchenkopf mit gewaltigen eisgrauen Brauen über scharfen Augen hebt sich prüfend. Ich stottere: „Ich habe den Herrn Nationalrat fragen wollen —". — „Fraget Sie und esset Sie — Grietli, gib ihm einen Löffel."

Grietli gibt mir einen Löffel. Hilflos sitz' ich da mit meinem Löffel. „Langet Sie zu." Ich lange zu. Reihum im Takt mit den andern Löffeln aß ich Griesmus aus der allgemeinen Schüssel. Und zwischen dem einträchtigen Geplapper mußte ich mein Sprüchlein aufsagen, bekam ich knappe, klare Antwort. Nein, geschriebene Empfehlung bekam ich keine. Der Sohn lieh mir eine Hose und eine Bluse und nahm mich, wie ich ging und stand, in die Fabrik.

Da begriff ich, daß von jenem Weißkopf eine Macht ausging. Die größte, die es gab im ganzen Land, die der Schlichtheit. Und daß ihm etwas aus dem Volke widerstrahlte. Das größte, was es gibt im Volke: Liebe.

Herrgott, so einen, wenn wir jetzt in Deutschland hätten unter den Millionen, die von ihrer Arbeit leben — tun wir das nicht beinah' alle? — wie flögen dem die Herzen zu! Nicht nur die der Linken! Nein, bis weit hinein in die Gefilde rechts.

Und darüber nickte schwer ein anderes geliebtes Haupt. Das des alten Hindenburg.

Und die Löffel aller unsrer Parteien gingen — Wunder über Wunder — gar einmal in einem Takte.

Fritz Müller, Partenkirchen.

Pharisäer

Auf der Wirtschaft Deutschlands lastet die schwere Krise, die die ganze Welt ergriffen hat. Drei Millionen Arbeitslose in Deutschland, über eine Million in England, über vier Millionen in Amerika sind der Tribut, den ihr die Völker zu zollen haben. Einzig Frankreich kennt dank der Milliarden deutscher Reparationen kein Elend. Noch ist das Ende der Krise nicht abzusehen. Tausende sind vom Abbau bedroht, leben in drückender Ungewißheit über ihr Schicksal in den nächsten Monaten. Tausende arbeiten mit verkürzten Gehältern.

Das ist die Stimmung, die die Sozialdemokratie braucht. Dieser Augenblick dünkt ihr der rechte, um nach Rattenfängerweise die Unwissenden und Schwankenden mit der Alarmglocke in ihr Gefolge zu locken. Die Bürgerblockregierung ist die Schuldige an diesem Elend. Darum heraus aus den bürgerlichen Parteien und hinein in die S. P. D. Wenn so die „soziale Front gegen die soziale Reaktion unserer Tage" geschlossen ist, dann wird „eine neue Zeit, in der Arbeit Glück und Wohlfahrt bringt", anbrechen! — Es ist an der Zeit, diesen Maßlosigkeiten gegenüber an die Wahrheit zu erinnern.

Welche Regierung und welche Leute haben es fertig gebracht, die Arbeitslosigkeit auf nahezu drei Millionen anschwellen zu lassen? Die Regierung Müller-Wissell, in der fünf aus den freien Gewerkschaften hervorgegangene Minister saßen. Als diese Regierung nach zweijähriger „ruhmvoller" Tätigkeit abtrat, hatte sie es auf über drei Millionen Arbeitslose gebracht. Heute aber haben die S. P. D. und mit ihr die freien Gewerkschaften die Stirn, sich hinzustellen und die derzeitige Regierung für die Sünden ihrer Gesinnungsgenossen verantwortlich zu machen. In drei Monaten soll diese gutmachen, was jene in zwei Jahren schlecht gemacht hat.

Wer hat den „brutalen Angriff auf die Sozialversicherung" begonnen? Die Regierung Müller-Wissell mit ihren fünf freien Gewerkschaftlern war es, die den ersten Entwurf zur Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Reichstag einbrachte und die Krisenfürsorge beseitigte! Der sozialdemokratische Hauptverband deutscher Krankenkassen war es, der auf seiner Tagung vom 5.—7. August 1928 die Forderung aufstellte, eine Gebühr für Krankenscheine einzuführen. Kein „Bürgerlicher" hat je vorher oder nachher diese Forderung erhoben. In allen wesentlichen Bestimmungen wurde der derzeitige Entwurf noch unter dem Reichsarbeitsminister Wissell ausgearbeitet. Ebensowenig ist vergessen, daß sich gerade die preußische Regierung des Gewerkschaftlers Otto Braun im Reichsrat mit ganz besonderem Nachdruck und gegen andere Ländervertreter für die Krankenscheingebühr einsetzte. Die Sozialdemokratie aber hat die Stirn, den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister dafür verantwortlich zu machen, daß die brutale rote Forderung in den neuen Gesetzentwurf aufgenommen wurde.

Welche Regierung hat die „vitalsten Interessen der deutschen Volkswirtschaft mit Füßen getreten?" Unseres Wissens war es die Regierung Müller-Wissell, die in schöner Hilflosigkeit das Zündholzmonopol an Herrn Kreuger auslieferte, das schädliche Polenabkommen abschloß, uns über drei Millionen Arbeitslose und die Emelka-Aktien bescherte, zerrüttete Finanzen, Schulden, erschüttertes Vertrauen, Pessimismus, Krisenstimmung, verzweifelte Bauern und geflüchtetes Kapital zurückließ.

Kaum drei Monate sind es her, daß man hilflos und hängenden Kopfes die Fahne verließ, und schon reckt sich wieder die freche Stirn, um den anderen die Schuld aufzuladen und aus dem selbst heraufbeschworenen Elend Kapital zu schlagen. Noch mehr:

„Wo bleibt das Notopfer des Reichspräsidenten, wo die Senkung hoher Ministergehälter, riesenhafter Einkommen in den Kommunen," haben die freien Gewerkschaften zu fragen den Mut. Warum, so fragen wir, wird das Ministergehalt des Genossen Dr. Braun und seiner Kollegen nicht gesenkt? Glaubt man, es sei schon vergessen, daß sich dieser Genosse ein höheres Gehalt bewilligte als selbst die Reichsminister? So sieht das Glück und die Wohlfahrt aus, die diesen Braven der Republik ihre Arbeit bringt.

Unter wessen Herrschaft sind die „riesenhaften Einkommen in den Kommunen" zustande gekommen? Laut hat es der „Vorwärts" nach der letzten Berliner Stadtverordnetenwahl ausgerufen: „Berlin bleibt rot." Dieses rote Berlin darf sich in seinen kommunalen Betrieben folgender bescheidener Einkommen rühmen:

2 Direktoren der „Berek" beziehen . . .	58 000 RM.
1 Direktor der Brennstoffwerke . .	28 000 RM.
1 Direktor der Ausstellungs- und Messe-G. m. b. H.	65 000 RM.
1 Pressechef derselben Gesellschaft . .	35 000 RM.
1 Direktor der Berliner Stadtgüter G. m. b. H.	44 000 RM.
1 weiterer Direktor derselben Gesellschaft .	40 000 RM.
1 Direktor der Berliner Schlackensteinwerke	21 000 RM.

Dazu kommt in vielen Fällen noch Auto, Reitpferd, freie Wohnung usw. Unter der Herrschaft der roten Mehrheit bezahlte die Städtische Müllabfuhr-G. m. b. H. für die Renovierung eines Sitzungssaales 60 000 RM.

Trotzdem haben die S. P. D. und die freien Gewerkschaften die Unverfrorenheit, zu fragen: Wo bleibt die Senkung der riesenhaften Einkommen in den Kommunen? Die roten Gemeinden sind es in erster Linie, die eine sparsame Wirtschaft verhindern. Zwei Jahre haben die Sozialdemokraten im Reich Zeit gehabt, Sparmaßnahmen durchzuführen. Nichts haben sie getan. Leere Versprechungen damals wie heute. Noch haben die Kaufmannsgehilfen nicht vergessen, was ihnen die Antrittsrede des Kabinetts der fünf Freigewerkschaftler versprach.

Es solle geprüft werden, so wurde feierlich verkündet, wie das Los der älteren Angestellten gebessert werden könne. Zwei Jahre wurde geprüft und geprüft, getan aber wurde nichts. Dem Reichstag, hieß es weiter, solle ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Tarifrechts vorgelegt werden. Nach zwei Jahren, beim Abtritt der Regierung, war der Entwurf noch nicht geboren. Das Arbeitsschutzgesetz wurde in der Regierungserklärung als besonders dringende Aufgabe bezeichnet. Auch in dieser Frage ist während der Regierungszeit der fünf Gewerkschaftler nichts geschehen. Für den Wohnungsbau wurde eine große Anleihe in Aussicht gestellt. Wie in den anderen Fällen, so ist es auch hier beim Versprechen geblieben. Der verantwortliche Minister, Herr Wissell, hat sich durch eine glänzende Tatenlosigkeit und Energielosigkeit ausgezeichnet. Unter sich wissen das die Genossen ganz genau. Der „Grundstein", das Organ des sozialistischen Bauarbeiterverbandes, fordert jetzt in seiner Nr. 20, 1930, von Stegerwald die Wiedereinführung der von Wissell abgeschafften Krisenfürsorge. Er fügt hinzu: „Damit kann dieser Reichsarbeitsminister aus christlichen Gewerkschaftskreisen beweisen, daß er nicht so schlapp ist wie sein Vorgänger." Der „schlappe Wissell", das ist die höflichste Kritik, die man über die Amtstätigkeit dieses Ministers fällen kann. Ein einziges Mal wurde der schlappe Wissell aktiv, als es sich um die Straffreiheit der Abtreibung handelte!

Die Arbeitnehmer haben nichts von den „Taten" dieser aus den freien Gewerkschaften hervorgegangenen Pharisäer vergessen. Sie wissen ihre hohlen Worte entsprechend zu würdigen. Sie werden sich hüten, ihr Schicksal Männern aus diesem Kreis anzuvertrauen.

Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929

Einem Bericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in seinem Zentralblatt Nr. 15 entnehmen wir, daß sich die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1929 von 647 364 auf 673 127 gesteigert hat. Unter Hinzurechnung der sonstigen im Deutschen Gewerkschaftsbund stehenden Arbeitergruppen (Eisenbahner usw.) stieg die Mitgliederziffer von 763 843 auf 792 827. Ende 1929 wiesen die größten Verbände des Gesamtverbandes folgende Mitgliederzahlen auf: Metallarbeiter 124 168, Bergarbeiter 102 710, Landarbeiter 80 636, Textilarbeiter 69 303, Fabrikarbeiter 68 119, Bauarbeiter 48 913. Einen Zuwachs hatten 13 Verbände, während 5 Verbände mit einem Verlust abschließen. Unter den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften (soweit sie dem Gesamtverband angeschlossen sind) sind 126 601 weibliche.

Der Entwicklung der Mitgliederzahl folgte die Kassengebarung der Verbände. Vielmehr ist die Steigerung der Einnahmen noch erheblicher, als es die Steigerung der Mitgliederzahl erwarten lassen konnte. Es muß als Zeichen gesunder Finanzwirtschaft gedeutet werden, wenn trotz wesentlich höherer Ausgaben, die sich aus der schlechten Arbeitsmarktlage ergeben, im Jahre 1929 noch rund 5 Millionen RM. erübrigt und den Reserven der Verbände zugeführt werden konnten.

So geht es nicht!

Zwei Probleme sind heute in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt: Ankurbelung der Wirtschaft und Befriedigung im Wirtschaftsprozeß. Grundsätzliche Erwägungen, wie die Ankurbelung der Wirtschaft zu bewerkstelligen ist, welche Mittel erfolgversprechend und welche das Gegenteil vom Erstrebten erzeugen werden, sind zur Genüge in Tages- und Gewerkschaftspresse angestellt worden. Im Rahmen dieses Artikels seien nur Gedankengänge wiedergegeben, wie sie im Lager der schlesischen Arbeitgeber gang und gäbe sind und denen man leider, zum Schaden der Wirtschaft selber, die Tat folgen läßt. Diese Gedankengänge sind kurz definiert folgende: Deutschland ist als Industrieland, das von der Natur stiefmütterlich mit Rohstoffen bedacht ist, auf die Ausfuhr von Fertigwaren angewiesen, ist also auf Gedeih und Verderb auf das engste mit dem Weltmarkt verbunden. Um aber auf dem Weltmarkt erfolgreich mit den übrigen Industrieländern konkurrieren zu können, muß das Schwergewicht auf die Herstellung bester Qualitätsware mit den denkbar niedrigsten Gestehungskosten gelegt werden. Als wichtigsten Unkostenfaktor in der Preiskalkulation darf bei der anzustrebenden Senkung der Gestehungskosten vor dem *Lohne nicht halt gemacht werden.* Da in Schlesien besondere Verhältnisse vorliegen (Zerstückelung des Wirtschaftskörpers durch den Versailler Friedensvertrag, weite Entfernung vom Wirtschaftszentrum, schlechte Verkehrsverhältnisse usw.), muß hier mit doppeltem Eifer an die Senkung der Produktionskosten herangegangen werden, soll nicht im Laufe der Zeit die gesamte schlesische Textilindustrie zum Erliegen kommen.

Zur Erreichung dieses Zieles geht man neuerdings dazu über, die ohnehin kärglich bemessenen Löhne einer nicht unbedeutenden Schröpfungsaktion zu unterziehen. Auf die Prämien- und Akkordlöhne sowie auf die Spitzenzuschläge hat man es besonders abgesehen. Die durch die Lohnkürzung notwendig werdenden Verhandlungen gestalten sich in den meisten Fällen derart schwierig, daß ein Sonderschlichter hinzugezogen werden muß.

Es sei uns erspart, an Hand von Zahlenmaterial nachzuweisen, daß der Lohn als Unkostenfaktor, umgerechnet auf das einzelne Stück, im Vergleich zu früher erheblich an Bedeutung abgenommen hat. Ohne Uebertreibung darf aber gesagt werden — was ja auch in der Nr. 29 unserer Verbandszeitung festgestellt wurde —, daß bei den bedeutend verringerten Belegschaftsziffern in den Betrieben die Produktion um 30—35 Prozent gestiegen ist. Ferner ist auch der oben skizzierte Gedankengang der Arbeitgeber insofern abwegig, als der Weltmarkt niemals allein eine gesunde Grundlage für eine Volkswirtschaft abgeben kann, sie muß vielmehr im eigenen Lande gelegen sein (kaufkräftiger Binnenmarkt). Ein Blick in das Privatleben der Arbeiterschaft, vor allem der schlesischen, zeigt uns aber, daß hier der Hase im Pfeffer liegt. Ist es ein gesunder Zustand, wenn die Lagerräume vollgepfropft sind wegen mangelnden Absatzes, wenn rund zwei Millionen Arbeitslose nach Arbeit rufen und die Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, die Waren zu kaufen, die sie selber produziert hat? Ja, nicht einmal fähig, auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, weil die Preise zu hoch sind? Nicht herunter mit den Löhnen, sondern herunter mit den Preisen muß die Parole sein. Der Zwischenhandel ist zu stark übersetzt, wodurch die Preisspanne zwischen Fabrik- und Ladenpreis zu groß ist. Hier, *an der wichtigsten Stelle, setze man den Hebel zur Ankurbelung* der Wirtschaft an; der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Unbestritten dürfte sein, daß die Arbeitsfreude im Wirtschaftsleben eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Wo soll aber Arbeitsfreude herkommen, wenn dauernde Reibereien, dauernde Streitigkeiten an der Tagesordnung sind? Wenn der Arbeiter heute nicht weiß, ob nicht morgen sein Lohn nach Willkür geschröpft wird? Mit solchen Maßnahmen erzielt man neben einer verderblichen Unruhe in den Betrieben — Nutznießer sind die radikalen Elemente — auch einen nicht zu unterschätzenden Verlust an Arbeitsfreude.

Auch die Arbeiterschaft ist bereit, alle Kräfte mobil zu machen, um eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Aber so geht es nicht! Eine falsche Bedienung einer Maschine kann deren Ruin herbeiführen, und in der Wirtschaft gibt es ungeschriebene Gesetze, die nicht ungestraft verletzt werden.

W. G

Senkung der Zinssätze!

In Gewerkschaftskreisen ist immer wieder, insbesondere auch in den Erörterungen der letzten Zeit über das so sehr heißumstrittene Kapitel Lohnabbau, aber auch bei der Forderung nach Preisabbau, nachdrücklichst eine Senkung der Zinssätze und Verringerung der Zinsspannen gefordert und begründet worden. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß bei einem Reichsbankdiskontsatz von jetzt 4 Prozent die Zinssätze der Banken viel zu hoch seien. Während früher die Zinsspanne zwischen Kredit- und Debetzinsen 2—3 Prozent betrug, sei dieselbe heute 5 und mehr Prozent. Recht deutlich hat Reichsarbeitsminister Dr. Adam Stegerwald in einer seiner letzten Reichstagsreden den großen Wert der Zinssenkung an einem bedeutsamen Beispiel klargestellt:

Durch eingehende Erhebungen ist festgestellt worden, daß die Herstellungskosten einer Durchschnittswohnung in Stadt und Land gegenwärtig mit 7500 M. anzunehmen seien. Von diesen 7500 M. sind etwa 40 Prozent oder 3000 Mark Bauarbeiterlöhne. Wenn diese Bauarbeiterlöhne um 5 Prozent gesenkt werden, so ergibt sich eine Ersparnis von 150 M. Also die Herstellungskosten ermäßigen sich von 7500 M. auf 7350 M. Bei 10 Prozent Verzinsung, also bei einer Ersparnis von 150 M., werden gespart 15 M. oder monatlich 1,25 M. Wenn dagegen der Zinsendienst in Ordnung gebracht wird und wenn bei den langfristigen Kapitalanlagen alles in allem die Zinsen um 2 Prozent gesenkt werden, dann bedeutet das für eine Wohnung von 7500 M. eine jährliche Ersparnis von 150 Mark oder eine Mietserleichterung von 12,50 Mark im Monat.

Der Zinssenkung muß also große Bedeutung beigemessen werden. Daß eine Senkung möglich ist, ergibt sich schon aus den großen Unterschieden, die in den verschiedenen Gegenden und bei den verschiedensten Geldinstituten festzustellen sind. Eine energische Bewegung zur Herabsetzung der Zinssätze ist also sehr wohl am Platze. Verfehlt wäre daher auch angesichts dieser Verhältnisse, wenn auch nur im geringsten der Erhaltung der hohen Zinssätze Vorschub geleistet würde. Das könnte dadurch geschehen, daß bei der Unterbringung von Geldern die Geldinstitute in ihrer ungesunden Konkurrenz unterstützt würden.

Den Geldinstituten der Arbeitnehmerorganisationen, die sich als Organe der Volkswirtschaft bekennen, sind also nach alledem in ihrer Zinspolitik Schranken gesetzt. Daß die Deutsche Volksbank dennoch mit ihrer Zinspolitik weitestgehende Billigung erfahren hat, beweist das Zutrauen der Sparer. Weiteres Verständnis muß geweckt werden.

Reichswirtschaftsrat untersucht Möglichkeiten der Preissenkung

Die Reichsregierung hat den Reichswirtschaftsrat ersucht, gestützt auf die Kartellverordnung, die Möglichkeit der Aufhebung von Preisbindungen für bestimmte Warengruppen zu untersuchen. Die Untersuchung soll feststellen, ob z. B. für die Markenartikel die von der Produktion her gebundenen Preise unter Umständen durch Richtpreise ersetzt werden können, bezw. ob dem Handel, und zwar dem Groß- oder Einzelhandel, in der Preisfestsetzung die völlige Freiheit gegeben werden kann. Die Aufgabe, die der Reichswirtschaftsrat hiermit von der Regierung überwiesen bekommen hat, ist für die Lösung der Wirtschaftskrise ungeheuer wichtig. Die Kartellverordnung auf Grund des Artikel 48 gibt der Reichsregierung die Möglichkeit, Preissenkungen durch die Lösungen der bestehenden Preisbindungen herbeizuführen. Der Reichswirtschaftsrat soll die Untersuchungen für die Regierungsmaßnahmen treffen. Dabei sollen die Sachverständigen aus den Kreisen der Erzeuger, des Großhandels und des Einzelhandels, sowie von den Konsumenten vernommen werden, um genaue Unterlagen zu erhalten. Notwendig ist, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates schnelle Arbeit leistet. Es ist nicht erforderlich, langwierige Untersuchungen anzustellen mit wochenlangen Erhebungen, sondern was notwendig ist, ist schnelle und klare Entscheidung, die sich auf die wichtigsten Merkmale stützen kann.

Jugend und soziale Not

Auf der kürzlich in Sinsen abgehaltenen Führertagung des Landesausschusses der westfälischen Jugendverbände trat dieses Thema sehr stark in den Vordergrund. Von allen Jugendorganisationen hatten sich Delegierte in der mitten in Wald und Feld gelegenen Jugendherberge eingefunden. Professor Stählin-Münster referierte dort über: „Jugend und Heimat".

Heimat sei nicht nur ein Stück Raum, sondern ein bestimmter Menschenschlag, Blutsgemeinschaft, Nachbarschaft, und schicksalhafte Beziehungen des einen zum anderen gehörten dazu. In dieser Heimat, wo ein jeder Menschen, Sitten, Bräuche und alle Flecken kennt, wird das Leben konkret, wahrheitsliebend. Heimat bedeutet hier aber auch Bindung; sie ist begrenzter Lebensraum. Man freut sich mit anderen, leidet mit anderen. Gegenseitige Hilfsbereitschaft ist etwas Selbstverständliches. So eine Bindung trägt den Menschen.

Die Grenze, in welchem Maße heute Heimat aufgelöst ist, läßt sich nicht genau feststellen. Schätzungen führen vielfach zu falschen Ergebnissen, ja zur Uebertreibung. Daß natürlich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten einen Großteil unseres Volkes in vergangenen Jahrzehnten entwurzelt haben, läßt sich nicht leugnen. Das riesenhafte Anwachsen der Industriestädte in verflossenen Jahrzehnten gibt davon Zeugnis. Die Entwurzelten, die vom Lande in die Industriestädte kamen, fanden oft als Ersatz für verlorengegangene Heimat nichts anderes als Mietskasernen. Bräuche und Sitten aus vergangenen Zeiten kamen hier nicht zu ihrem Rechte. Damit soll nicht gesagt sein, daß es in den Industriestädten keine gesunde, luftige Wohnungen auch für den Arbeiter gibt. Auch hier kann Heimatsinn und Heimatliebe gepflegt werden, wenn der Mensch es will.

Natürlich liegen die Landverhältnisse in betreff dieser Frage günstiger. Das Land bringt den Menschen mehr mit der Natur zusammen; es schützt und erhält. Auch die Wohnungsnot ist durchschnittlich in der Stadt größer als auf dem Lande. Daß der Mensch nicht Heimat haben kann unter den schlechtesten Wohn- und Lebensverhältnissen ist klar. Wo die Wohnung menschenunwürdig ist, verkümmert Körper und Geist des Menschen. Egoismus, Radikalismus und Materialismus überwuchern hier jegliches Gemeinschaftsgefühl.

Die Fragenstellung auf der Tagung lautete deshalb ganz eindeutig: „Wie können wir den zukünftigen Menschen eine Heimat schaffen". Klagen und anklagen hilft nichts, sondern es muß gehandelt werden. Daß es früher noch mehr soziale Not gegeben hat wie heute, darf uns nicht davon abhalten, wesentlichen Verbesserungen zuzustreben.

1. Notwendig ist die Förderung des Wohnungsbaues. Er ist für die Festigung des Heimatgedankens von wesentlicher Bedeutung. Wo eben möglich, muß der Grundsatz lauten: „Ansiedlung auf eigner Scholle". Jeder Familie eine gesunde Wohnung. Ferner muß bei uns auch die Landarbeit höhere Wertung erfahren, um in etwa die *große Landflucht aufzuhalten. 2. Gerade den christlich* gesinnten Familien muß weitgehend Schutz und Pflege gewährt werden. Religion weckt Gemeinschaft, bindet und festigt den Menschen. Ferner kommt es darauf an, Verkehrsverbilligungen zu schaffen, damit es auch allen Minderbemittelten in den Städten möglich wird, Sonntags herauszufahren oder sonst mal einen Ausflug zu machen, um an der Natur teilzunehmen. Leider sehen wir heute die gegenteilige Entwicklung. Die Tarife der Verkehrsgesellschaften steigen von Tag zu Tag. Diesem entgegenzuwirken muß Aufgabe aller Jugendorganisationen sein.

Das Entscheidende zur Behebung der sozialen Not ist die innere Hilfe. Wer Heimat will und daran glaubt, der soll auch anderen Menschen helfen. Er muß sich binden, muß hier auch mal ja sagen können, auch dann, wenn es an den eigenen Geldbeutel geht. Die Vorgänge der letzten Zeit, Stellungnahme gegen das Notopfer trotz größter wirtschaftlicher Notlage vieler Volksgenossen, läßt viel bittere Eindrücke bei einem Großteil der Jugend zurück.

In Verbindung mit dem Heimatgedanken wurde besonders die Pflege eines echten Berufsstrebens herausgestellt. Es zeigte sich hier, daß gerade die christliche Gewerkschafts-Jugendbewegung auf diesem Gebiete schon viel geleistet hat.

Angenehm war es, daß sich die Jugend der verschiedensten Richtungen auch in der Aussprache so gut verstand und Meinung und Ueberzeugung anderer gelten ließ. Ein Zeichen, daß unsere Jugend nicht nur Kritik übt, sondern zum Handeln bereit ist. Die soziale Not drückt ja alle gemeinsam; und nur sich verstehen wollen und praktisches Handeln läßt uns sie überwinden. B. K.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Textilarbeiterin

Eine beachtliche statistische Erhebung

Die im Jahre 1925 ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenverbände" veranstaltete im Jahre 1928 unter Mitarbeit der konfessionellen und gewerkschaftlichen christlichen Frauenberufsverbände eine umfangreiche Erhebung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der berufstätigen Frauen, welche nunmehr abgeschlossen und der Oeffentlichkeit übergeben worden ist.*) Von den insgesamt 50 000 verarbeiteten Fragebogen dieser Erhebung wurden von den befragten Arbeiterinnen 12 000 Bogen abgegeben, ein Ergebnis, das eine immerhin zuverlässige Untersuchung möglich machte.

Da 83 Prozent dieser befragten Arbeiterinnen in der Textilindustrie tätig und im christlichen Textilarbeiterverband organisiert waren, ist das Ergebnis dieser Erhebung für uns besonders von Interesse. Die Verhältnisse der Textilarbeiterinnen geben bei den Untersuchungen den Ausschlag; nur 17 Prozent der verarbeiteten Fragebogen stammen aus anderen Industrien, nämlich 10 Prozent aus der Tabakindustrie, in der, ebenso wie in der Textilindustrie, überwiegend Frauen beschäftigt sind, und die restlichen 7 Prozent aus anderen Industrien, vornehmlich der Metallindustrie und dem Bekleidungsgewerbe.

Der größte Teil der von den Textilarbeiterinnen ausgefüllten Fragebogen stammt aus dem Rheinland, das 35,3 Prozent aller Bogen stellte; Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden) sandte 24,7 Prozent, das Münsterland 17 Prozent, Schlesien 16 Prozent und endlich Sachsen 7 Prozent aller Fragebogen ein. Angesichts der starken Beteiligung Rheinland-Westfalens muß darauf hingewiesen werden, daß also die Mehrheit der befragten Arbeiterinnen in Bezirken beschäftigt war, in denen einerseits die günstigsten Lohnverhältnisse und zum anderen der niedrigste Anteil der Frauenarbeit in der Textilindustrie zu verzeichnen ist. So würde sich also das Ergebnis der Erhebung hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Lage wesentlich ungünstiger gestaltet haben, wenn die Mehrheit der verarbeiteten Antworten aus den Bezirken Schlesien, Sachsen und Süddeutschland gesandt worden wäre.

Die Erhebungen stellen drei Gesichtspunkte in den Vordergrund: sie geben zunächst Aufschluß über Altersaufbau und Familienstand der befragten Arbeiterinnen, untersuchen dann weiter die Lohnverhältnisse derselben und suchen endlich die sozialen Verhältnisse und Unterstützungsleistungen der Arbeiterinnen zu ermitteln. War über die ersten beiden Fragen naturgemäß leicht das erforderliche Material zu beschaffen, so bereitete die Feststellung der letzteren Ermittlungen freilich erhebliche Schwierigkeiten. Bei der überwiegend anzutreffenden Familiengemeinschaft der Arbeiterinnnen und der von ihnen unterstützten bezw. miterhaltenen Personen waren die tatsächlichen Unterstützungsleistungen zahlenmäßig nur schwer zu ermitteln und konnten oft nur durch verhältnismäßige Schätzungen bemessen werden. Allerdings gibt gerade das Bild der sozialen Unterhaltsleistungen der Arbeiterinnen überraschende Aufschlüsse, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Gründe der Frauenarbeit außerordentlich wertvolles Material bieten.

Altersaufbau und Familienstand

der Arbeiterinnen zeigen nach den Ergebnissen der Erhebungen folgendes Bild:

Verhältnismäßig stark ist bereits die jugendliche Arbeiterin in den Betrieben vertreten. So entfallen auf die Altersgruppe von 14—17 Jahren 9,8 Prozent aller befragten Arbeiterinnen. 32 Prozent der Arbeiterinnen entfallen sodann auf die Altersklasse von 18—24 Jahren und weitere 32,7 Prozent auf die folgende Altersgruppe von 25—39 Jahren. In der Altersklasse von 40—65 Jahren sind noch 24,5 Prozent der Arbeiterinnen anzutreffen, 1 Prozent Arbeiterinnen war sogar über 60 Jahre alt. Die Zahlen zeigen im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen — insbesondere der Angestellten — einen starken Anteil der jugendlichen und älteren Arbeiterinnen und bringen damit den wirtschaftlichen Zwang zur Fabrikarbeit deutlich zum Ausdruck. Versucht die Arbeiterin auch, in den ersten Jahren ihrer Ehe der Fabrikarbeit zu entraten, so zwingt sie die wirtschaftliche Not doch — zumal bei der Vergrößerung der Familie — bald wieder, durch eigene Arbeit sich und ihre Familie mitzuerhalten. So ist trotz des Ueberwiegens des Rheinlandes und Westfalens bei den Erhebungen der Anteil der verheirateten Arbeiterinnen mit 21 Prozent immer noch verhältnismäßig groß. Er bestätigt diese Feststellung:

daß die wirtschaftliche Notwendigkeit die Arbeiterinmutter in die Fabrik treibt.

In der gleichen Weise wird die Fabrikarbeit der übrigen 7 Prozent verwitweten oder verheiratet gewesenen Arbeiterinnen durch die wirtschaftliche Notwendigkeit bedingt. Von den verbleibenden 72 Prozent ledigen Arbeiterinnen wird gleichfalls, wie die späteren Feststellungen zeigen, der überwiegende Teil durch soziale Unterstützungsnotwendigkeiten zur Fabrikarbeit genötigt.

Auch

die Lohnverhältnisse

der Arbeiterinnen bestätigen diese Feststellung. Im Reichsdurchschnitt aller Berufsgruppen ergaben sich folgende Löhne: 26,7 Prozent aller Arbeiterinnen verdienten einen Lohn von wöchentlich 21—25 M. brutto. Weitere 23,1 Prozent der Arbeiterinnen erhielten einen Lohn von 26—30 M., 21,7 Prozent einen Lohn von 16—20 M.

Etwa drei Viertel aller befragten Arbeiterinnen verdienten also zwischen 16 und 30 M. brutto wöchentlich.

Die übrigen Arbeiterinnen lagen in ihrem Lohn ungefähr zum gleichen Teil über und unter diesen Verdiensten. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß von diesen Bruttolöhnen noch durchschnittlich 10 Prozent für soziale Abzüge zu verrechnen sind, während sonstige Einkünfte — etwa in Form von Renten usw. — ganz verschwindend gering sind.

Die Hauptgruppe der Textilarbeiterinnen verdiente einen Lohn von 21—25 M. brutto.

41,4 Prozent der Textilarbeiterinnen erhielten einen besseren, 30,2 Prozent dagegen einen niedrigeren Lohn. Die Höchstlöhne der Textilarbeiterinnen wurden in der rheinischen Industrie bezahlt; die Durchschnittslöhne in Rheinland-Westfalen lagen zwischen 26 und 30 Mark, die Durchschnittsverdienste in Süddeutschland und Sachsen zwischen 21 und 25 M., die Löhne in Schlesien dagegen in der niedrigsten Gruppe zwischen 16 und 20 M. (Brutto!)

Interessant ist die Lohnentwicklung in den verschiedenen Altersklassen:

Während die jugendlichen Arbeiterinnen mit ihren Löhnen durchschnittlich um 5 M. unter der Hauptlohngruppe der betreffenden Bezirke stehen, erhalten die Arbeiterinnen von 18 bis zu 24 Jahren allgemein den Durchschnittslohn. In der Gruppe der 25—39jährigen steigt dann das Verdienst um durchschnittlich 5 M. über den Durchschnittslohn, um bei den älteren Arbeiterinnen wieder darauf zurückzugehen.

Die Unterstützungsleistungen.

Daß bei diesen Lohnverhältnissen die Unterstützung von Angehörigen oder sonstigen Personen nur in Frage kommen kann, wenn ein gemeinsamer Haushalt und ein Zusammenleben möglich ist, dürfte einleuchten. So zeigt denn auch die Erhebung, daß 75 Prozent aller ledigen, verwitweten oder verheiratet gewesenen Arbeiterinnen mit ihren Eltern oder Verwandten zusammenleben. Nur 20 Prozent der alleinstehenden Personen haben eine eigene Wohnung — vorwiegend Witwen und verheiratet gewesene Arbeiterinnen. 3,3 Prozent der alleinstehenden Arbeiterinnen wohnen in Untermiete oder haben Schlafstellen, 1,3 Prozent in Arbeiterheimen. Die verheirateten Arbeiterinnnen dagegen besitzen zu 94 Prozent eigene Wohnungen — über deren Umfang allerdings keine Angaben gemacht werden.

Die verheirateten Arbeiterinnen sind durchweg „Mitverdienerinnen", die zum Unterhalt ihrer Familie, Eltern etc. beitragen. Um bei den übrigen Arbeiterinnen in etwa die Unterhaltsleistungen zu bemessen, legte man — da die Mehrheit der Arbeiterinnen ihren gesamten Lohn zum gemeinsamen Haushalt mit unterstützten bezw. miterhaltenen Angehörigen verwandte — einen Eigen-Lebensunterhaltungsbetrag von 15 Mk. wöchentlich zu Grunde. Dabei wurde festgestellt, daß 42,4 Prozent aller im Elternhaus lebenden Arbeiterinnen zugleich ihre Angehörigen mit unterstützten. Anzunehmen ist allerdings, daß tatsächlich die Zahl dieser Unterstützungsfälle erheblich größer ist. Es ist bezeichnend, daß aus den konkreten Angaben ermittelt wurde, daß

von 3193 alleinstehenden Arbeiterinnen nicht weniger als 5508 Personen unterstützt und miterhalten

wurden. Auf je eine ledige, verwitwete oder verheiratet gewesene Arbeiterin kommen demnach 1,7 unterstützte Personen. Die Untersuchung weist mit Recht darauf hin, daß angesichts der minimalen Verdienste die Frage der „Doppelverdiener" bei den Arbeiterinnen bei diesen Unterstützungsleistungen eine müßige Frage ist. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterinnen wird, so zeigt die Untersuchung in deutlicher Weise, durch die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Berufsarbeit gezwungen.

*) Verlag Karl Heymann, Berlin.

Allgemeine Rundschau

Kirche und Arbeitslosigkeit.

Angesichts der drückenden Not der Arbeitslosigkeit hat der in Nürnberg versammelte Deutsche Evangelische Kirchentag in einer einstimmig angenommenen Entschließung an die verantwortlichen Stellen im Reich und in den Ländern die ernste Forderung gerichtet, daß zur Behebung der Not, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit, das Aeußerste getan wird. Er legt allen Gliedern der evangelischen Kirche die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um den darbenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzuhelfen; dazu gehöre auch eine Vereinfachung der Lebensführung des ganzen deutschen Volkes. Die evangelischen Gemeinden und ihre Glieder sollen aller lieblosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegentreten, denen es nicht am Willen zur Arbeit fehle, sondern an der Arbeitsmöglichkeit. „Den arbeitslosen Volksgenossen bringt der Kirchentag sein tiefes Mitgefühl für ihre Notlage entgegen."

Die Finanzen der Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für den Monat April 1930 veröffentlicht soeben der Reichsarbeitsmarktanzeiger einen Bericht. Aus diesem Bericht geht hervor, daß im April 1930 gleich 15 145 501 Versicherte an Beiträgen 71 980 260,22 RM. aufgebracht haben. Zu diesen Beiträgen kommen noch geringe sonstige Einnahmen, so daß die Gesamteinnahmen der Reichsanstalt auf 72 110 760,75 RM. sich belaufen. Diesen Einnahmen stehen die Ausgaben in ihrer Gesamthöhe von 143 690 283,11 RM. gegenüber. Der größte Posten der Ausgaben ist selbstverständlich der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung mit 134 297 255,55 RM. Der Gesamtzuschuß in der Arbeitslosenversicherung im Abrechnungsmonat belief sich also auf 71 579 522,36 RM. Ende April d. J. betrug das Defizit bei der Hauptstelle im gesamten 723 150 801,43 RM. In der Zwischenzeit ist dieses Gesamtdefizit noch erheblich angewachsen.

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Arbeit ist besser als Unterstützung. Belebung der heimischen Produktion ist das Gebot der Stunde. Wir führten 1929 für rund 14 000 Millionen Mark fremde Waren ein. Darunter beispielsweise für

Butter	457,7	Millionen Mark,
Käse	106,2	„ „
Eier	280,1	„ „
Gemüse	142,8	„ „
Obst	211,9	„ „
Kunstseide	97,3	„ „
Kraftfahrzeuge	59,5	„ „
Glaswaren	34,3	„ „
Schuhwerk usw.	43,8	„ „
Messerwaren	3,5	„ „
Werkzeuge, landw. Geräte	7,6	„ „
Sonstige Eisenwaren	56,6	„ „
Uhren	23,4	„ „

Diese vom Auslande hereingeholten Waren können wir bei ernstem Willen alle selbst in Deutschland herstellen und damit vielen Tausenden von deutschen Arbeitern in Stadt und Land Brot und Verdienst geben. Fest steht, daß ein Einfuhrquantum von 3—4000 Mark durchschnittlich einen Deutschen arbeitslos macht. Deshalb: Deutsche, verlangt deutsche Waren!

Sozialversicherung nach der Notverordnung

Eine Erläuterung der gesetzlichen Bestimmungen

Von A. Kreuz, Berlin.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 31 vom 27. Juli werden die Notverordnungen der Reichsregierung veröffentlicht. Neben dem finanziellen Teil der Notverordnungen bilden die Verordnungen über die Sozialpolitik den Hauptkern des Verordnungswerkes der Regierung.

Die wesentlichste Aenderung in der Arbeitslosenversicherung erstreckt sich auf die Beitragserhöhung. Daneben sind aber noch eine Reihe von Aenderungen erfolgt, die für die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung sehr wichtig sind. So wird durch die Aenderung des § 75a die Grenze des Begriffs der geringfügigen Beschäftigung erweitert. Bisher wurden Beschäftigungen, die 24 Arbeitsstunden in der Kalenderwoche nicht überstiegen oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als wöchentlich 8 RM. bezw. monatlich 35 RM. gezahlt wurde, als geringfügig angesehen. Nach der Aenderung sind die Arbeitsstunden in der Kalenderwoche auf 30 erhöht und das Arbeitsentgelt entsprechend auf wöchentlich 10 bezw. monatlich 40 RM. Kurzarbeit gilt auch weiterhin als Vollbeschäftigung. Nach der früheren Regelung konnten auch Notstands- oder Fürsorgearbeiter bei geringerer Beschäftigung Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung erwerben. Das ist durch den neuen § 75 d nicht mehr möglich, es sei denn, daß die betreffenden Arbeiten 32 Stunden in der Woche überschreiten. Den jugendlichen Arbeitslosen bis zu 17 Jahren wird nunmehr keine Unterstützung mehr zustehen, wenn sie einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben.

Die Unterstützungssperrfristen werden durch die Aenderungen im Fall der unberechtigten Ablehnung angebotener Arbeit sowie bei Weigerung der Teilnahme an Berufsumschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen auf sechs Wochen erhöht. Ein Grund zur Ablehnung angebotener Arbeit ist nur dann gegeben, wenn der Arbeitslose zur Verrichtung der Arbeit einen neuen Wohn- oder Aufenthaltsort nehmen muß. Im Falle der freiwilligen Aufgabe der Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund oder der Verlust der Arbeitsstelle durch ein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, wird die Sperrfrist auf sechs Wochen erhöht. Von einer Verhängung der Sperrfrist soll abgesehen werden, wenn ein Versicherter seine Arbeitsstelle freiwillig aufgegeben hat, weil der Arbeitgeber aus einem von dem Verhalten des Versicherten unabhängigen Grunde gekündigt hätte oder in einem Berufszweig die freiwillige Aufgabe der Arbeitsstelle für das weitere Fortkommen des Versicherten notwendig und diese Notwendigkeit im Einzelfalle nachgewiesen ist. Das Gleiche gilt für die Teilnahme an einem geregelten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung.

Die Angehörigen der fünf oberen Lohnklassen müssen, um die volle Unterstützung zu erhalten, in den letzten 18 Monaten vor der Arbeitslosmeldung mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben. Erreichen sie diese Anwartschaftszeit nicht, so wird die Unterstützung in den Klassen 7, 8 und 9 um je eine Lohnklasse und in den Klassen 10 und 11 um je zwei Lohnklassen herabgesetzt. Die Familienzuschläge werden jedoch nach den dem Arbeitsentgelt entsprechenden Lohnklassen berechnet, bleiben also in gleicher Höhe bestehen.

Bei Unterstützung zweier Ehegatten wird, wenn dazu kein Familienzuschlag gewährt wird, in den Lohnklassen 7 bis 11 die niedrigere Unterstützung um die Hälfte gekürzt. Bei verheirateten Arbeitslosen wird das Einkommen eines Ehegatten, soweit es 35 RM. wöchentlich übersteigt, auf die Unterstützung angerechnet.

Eine wichtige Aenderung ist das Recht des Vorstandes der Reichsanstalt, in Betrieben oder Betriebsgruppen, von deren Angehörigen die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker als der Durchschnitt in Anspruch genommen wird, die Arbeitgeber zu höheren Beiträgen heranzuziehen. — Für die Finanzen des Reiches ist die Begrenzung der Darlehnspflicht des Reiches von ausschlaggebender Bedeutung. Vom 1. April 1931 ab wird im Haushaltungsgesetz der Höchstbetrag dieser Darlehen festgesetzt werden. Bis dahin zahlt das Reich zu den Zahlungen für die Krisenfürsorge einen Zuschlag von 5 v. H. an die Reichsanstalt, der zur Abgeltung der Verwaltungskosten, die der Reichsanstalt durch die Durchführung der Krisenfürsorge entstehen, dienen soll.

Im Artikel 2 des 1. Titels des 4. Abschnitts der Notverordnung wird dann bestimmt, daß der Beitrag zur Reichsanstalt für das Reichsgebiet einheitlich 4½ v. H. des maßgebenden Arbeitsentgelts beträgt. Dieser Artikel sowie der Absatz des 1. Artikels bezüglich der Staffelung der Unterstützungssätze in den Lohnklassen 7 bis 11 nach der Anwartschaftszeit sollen am 31. März 1931 wieder außer Kraft treten, falls die Reichsregierung nicht bis zum 28. Februar 1931 etwas anderes bestimmt.

Für das Rechnungsjahr 1930 wird der Reichszuschuß an die Reichsanstalt auf 184 Millionen RM. festgesetzt. Schließlich sagt noch Artikel 4, daß für den Fall, daß der Bedarf der Reichsanstalt ihre eigenen Mittel übersteigt und es sich ergibt, daß die für die Reichsanstalt im Plan zur Haushaltsführung 1930 vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen werden, das Reich für dieses Haushaltsjahr die Hälfte des Mehrbedarfs aus Zuschuß gewährt. Der Rest ist durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Maßnahmen zu decken. Hierzu wird die Reichsregierung ermächtigt, die erforderlichen Abänderungen der geltenden Vorschriften im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt festzusetzen. Dieser Teil der Notverordnung tritt schon am 1. August in Kraft.

Im zweiten Teil des 4. Abschnitts der Notverordnung wird die vom Reichstag nicht mehr zum Abschluß gebrachte Reform der Krankenversicherung dekretiert. Die Bestimmungen entsprechen in der Hauptsache den Vorschlägen des Regierungsentwurfs vom 28. Juni 1930. Das Ziel der Reform, Ersparnisse auf allen Gebieten der Krankenversicherung zu erreichen, ist noch stärker als dort herausgearbeitet. Die Beschlüsse des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses hat sich die Notverordnung nur insoweit zu eigen gemacht, als sie den Absichten der Reichsregierung entgegenkommen oder Aenderungen ohne wesentliche finanzielle Bedeutung bringen.

Die Krankenscheingebühr, die den Anreiz zur Inanspruchnahme der Krankenversicherung bei leichten Erkrankungsfällen herabmindern soll, ist entsprechend dem Ausschußvorschlag auf 50 Rpf. festgesetzt worden. Bei Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln haben die Versicherten von den Kosten jeder Verordnung 50 Rpf., allerdings nicht mehr als die wirklichen Kosten, zu tragen. Die jetzt durch Satzungsbestimmung noch mögliche Heraufsetzung des Krankengeldes von 50 bis auf 75 v. H. des Grundlohns kommt in Fortfall, eine Erhöhung wird nur noch durch Satzungsbestimmung unter Berücksichtigung des Familienstandes gestattet. Von Bedeutung ist die Bestimmung, daß Krankengeld und Hausgeld überhaupt nicht gezahlt werden, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt bezieht. Um übermäßig hohe Beitragssätze zu vermeiden, soll in Zukunft bei neu errichteten Kassen der Beitrag in keinem Falle mehr als 6 v. H. des Grundlohnes (heute 7 v. H.) betragen dürfen.

In der Arztfrage hat die Regierung ihren Standpunkt nicht geändert. In Zukunft soll ein Arzt für die Behandlung von etwa tausend Versicherten genügen. Die Pflicht der Aerzte auf ausreichende und zweckmäßige Behandlung der Kranken wird in der Reichsversicherungsordnung besonders festgesetzt. Aerzte, die die erforderliche Sorgfalt außer acht lassen, werden der Kasse gegenüber schadenersatzpflichtig gemacht. Die Bescheinigungen der behandelnden Aerzte auf Arbeitsunfähigkeit sowie ihre An- und Verordnungen, besonders soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, müssen die Kassen durch Vertrauensärzte nachprüfen lassen. Weiter wird den Kassen gestattet, an Stelle der freien ärztlichen Behandlung Barleistungen in Höhe von 80 v. H. der wirklichen Kosten zu gewähren, wenn die ärztliche Versorgung dadurch gefährdet wird, daß die Kasse keine Verträge zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Aerzten schließen kann oder die Aerzte die Verträge nicht einhalten. Ueberschreitet bei einer Kasse die Zahl der Aerzte in auffallender Weise das natürliche Bedürfnis, dann kann das Oberversicherungsamt nach Anhörung der Kasse und der Aerzte anordnen, daß andere Aerzte bei der Kasse nicht mehr zugelassen werden.

Zur ordnungsmäßigen Verwaltung der Krankenkassen sind Bestimmungen getroffen, die regelmäßig stattfindende Revisionen durch die großen Kassenverbände ermöglichen. Grundstücksgeschäfte und Bauvorhaben der Krankenkassen werden von einer bestimmten Höhe an von der Genehmigung des Reichsversicherungsamts abhängig gemacht. Die Neuerrichtung von Krankenkassen wird erschwert.

Bei der Versicherungspflicht bleibt die bisherige Grenze von 3600 RM. bestehen; die Versicherungsberechtigung wird auf die Einkommen bis 8400 RM. beschränkt.

Zuwachs der Erwerbstätigen

Seit der letzten Berufszählung im Jahre 1925 ist eine umfassende Erhebung nicht mehr vorgenommen worden. Will man die Entwicklung der Arbeitnehmerziffern feststellen, so muß man unter Zuhilfenahme einiger anderer

Die berufliche Stellung des erwerbstätigen Deutschlands.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland hat sich als Folge der Verarmung des Mittelstandes in der Inflation seit 1907 um 27,2 erhöht, während die Einwohnerzahl nur um 13,5 Prozent vermehrt wurde. Zugleich zeigt auch die Verschiebung in der sozialen Stellung der einzelnen Erwerbstätigen deutlich die Folgen der Verarmung des Volkes und die der Industrialisierung unseres Landes. Die Zahl der selbständigen, also der privaten Unternehmer steigerte sich nur um ein Zwanzigstel, während sich die Zahl der Angestellten um zwei Drittel, die der Arbeiter um ein Viertel erhöhte. Auch der familienwirtschaftliche Charakter tritt in vielen Kleinbetrieben, hauptsächlich im Nahrungsmittelgewerbe, wieder mehr in Erscheinung. Es sind heute mit einer Steigerung von 40 Prozent verhältnismäßig mehr Familienangehörige in den Betrieben tätig als vor dem Kriege. Abgenommen hat die Zahl der Hausangestellten, und zwar um 13 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich eine der Hauptursachen der Arbeitslosigkeit, da eben die Inflation viele zu neuer Erwerbstätigkeit zwang, die aber in der Wirtschaft nicht auf die Dauer unterkommen können.

Statistiken eine besondere Errechnung vornehmen. In den Jahren 1925—1929 sind die letzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit in das erwerbsfähige Alter eingetreten, und diese Ziffer vermag man auf Grund des bei der letzten Berufszählung festgestellten Altersaufbaues der Erwerbstätigen in der Gesamtbevölkerung zu errechnen. Nach den Errechnungen des Statistischen Reichsamts, das in der neuesten Ausgabe seiner amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" die Zunahme der hauptberuflich Erwerbstätigen seit 1925 darstellt, sind im Laufe der letzten fünf Jahre folgende Männer und Frauen neu in das Erwerbsleben eingetreten:

Zeitraum	Männer	Frauen	Zunahme der Erwerbstätigen überhaupt
Mitte bis Ende 1925	+164 000	+ 89 000	+253 000
Im Laufe des Js. 1926	+328 000	+153 000	+481 000
„ „ „ „ 1927	+280 000	+111 000	+391 000
„ „ „ „ 1928	+255 000	+ 41 000	+296 000
„ „ „ „ 1929	+148 000	— 25 000	+123 000
„ „ „ „ 1930	+ 69 000	— 94 000	— 25 000

Wenn man von der Annahme ausgeht, daß der Zuwachs an Erwerbstätigen so ziemlich vollständig der großen Schicht der Arbeitnehmer zuzurechnen ist, so ergibt sich, daß Anfang 1930 die Zahl der hauptberuflich tätigen Arbeitnehmer sich auf 21 104 000 (und zwar 14 540 000 männliche und 6 564 000 weibliche) stellt. Für Anfang 1931 würde eine Rückwärtsentwicklung von etwa 25 000 erfolgen, so daß man auf 21 079 000 Arbeitnehmer kommt. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der letzten fünf Jahre um rund 1 500 000 erhöht. Es ist keineswegs anzunehmen, daß die neu in das Erwerbsleben tretenden Menschen die Zahl der Selbständigen seit der letzten Berufszählung wesentlich verschieben. Die Ziffer der selbständigen Landwirte und Gewerbetreibenden ist nicht allzu großen Aenderungen unterworfen, es sei denn im Handelsgewerbe.

Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich im Verlaufe der Jahre 1925 bis 1929 nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 1 532 000 erhöht. Da zur Zeit der Berufszählung (Mitte 1925) nur 214 000 Hauptunterstützungsempfänger als Arbeitslose gezählt wurden, inzwischen aber der Zuwachs an Arbeitnehmern rund 1,5 Millionen beträgt, so zeigt sich, daß bei einer gegenwärtigen Arbeitslosenziffer von beinahe 3 Millionen etwa 1,25 Millionen Arbeitnehmer weniger beschäftigt sind, als zur Zeit der Berufszählung.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungssätze läßt sich auch schon eine Schätzung der voraussichtlichen Zahl der Erwerbstätigen für die späteren Jahre ermöglichen. Schon vom Jahre 1930 ab zeigt sich durch den Ausfall der Kriegsgeburtenjahrgänge eine erhebliche Abnahme der neu in das Erwerbsleben Eintretenden. Gab es im Jahre 1929 noch 1 226 000 Jugendliche, die in diesem Jahre das 15. Lebensjahr vollenden, so stellt sich die Ziffer im Jahre 1930 auf 937 000, 1931 auf 699 000, 1932 auf 624 000, 1933 auf 627 000, um dann vom Jahre 1934 ab wieder auf 976 000 anzuschwellen. Der große Rückgang in der Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte ist auf den Arbeitsmarkt für Lehrlinge und jugendliche Kräfte nicht ohne Einfluß, indes wird die Zahl der Erwerbstätigen durch den natürlichen Zuwachs der Bevölkerung im allgemeinen eine Zunahme erfahren, denn man darf bei einer Beurteilung des Arbeitsmarktes als auch der Absatzmöglichkeiten auf weite Sicht nicht außer Betracht lassen, daß das deutsche Volk trotz der großen Schwächung durch den Krieg ständig wächst, wenn auch das jährliche Wachstum von 3—400 000 Menschen um die Hälfte gegenüber dem jährlichen Bevölkerungszuwachs in den letzten Vorkriegsjahren zurückbleibt.

Christlich-nationale Krankenkassentagung

Im Juli hat in Köln die Tagung des christlich-nationalen Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands stattgefunden. Der Tagung lag der Geschäftsbericht, erstattet von Verbandsdirektor Schulte (Berlin) vor. Am 31. Dezember 1929 waren dem Gesamtverband 686 Krankenkassen mit insgesamt 3 385 218 Mitgliedern angeschlossen. In der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1929 konnte der Verband allein einen Zuwachs von 216 745 Mitgliedern buchen. Der Umsatz der Einkaufsgenossenschaft für Heilmittel ist im Jahre 1929 um 8,29 v. H. zurückgegangen, was auf die eingetretene Preissenkung im Jahre 1929 zurückzuführen ist. Der Allgemeinen Angestelltenversorgungskasse für deutsche Krankenkassen, die gemeinsam vom Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands und dem Reichsverband der deutschen Landkrankenkassen gegründet worden ist, waren am Schluß des Rechnungsjahres 1929 245 Krankenkassen mit 74 300 versicherten Angestellten angeschlossen. Die Geschäfts- und Vermögenslage dieser Angestelltenversorgungskasse ist eine sehr günstige, da alle Versicherungsleistungen schon mit 50 v. H. der Kapitalerträge gedeckt werden und die gesamten Beiträge zusammen mit einem weiteren Teil der Zinsen der Prämienreserve zugeführt werden konnten. Die Beiträge zu dieser Kasse betragen zurzeit 12½ v. H.

Zum Thema „Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung" sprach Reichstagsabgeordneter Becker (Arnsberg), über „Wege und Ziele der Krebsbekämpfung" sprach der Chefarzt des Strahleninstituts der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln, Dr. Teschendorf, und über „Aufgaben und Bedeutung der hygienischen Volksbelehrung" Generalsekretär Prof. Dr. Adam (Berlin), sowie über „Müttererholungsfürsorge als Grundleistung zur planmäßigen Gesundheitsfürsorge" die Referentin im Gesamtverband der evangelischen Frauenhilfe, Frau Klara Schloßmann (Berlin).

30 Jahre christlicher Textilarbeiterverband Stadtlohn

Der 13. Juli war für die Ortsgruppe Stadtlohn ein Tag der inneren Erhebung. Galt es doch, an diesem Tage das 30jährige Bestehen unseres Verbandes in ernster, aber auch freudiger Weise zu begehen. Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften des Kreises Ahaus hatte diesen Jubiläumsanlaß dazu benutzt, um gleichzeitig die 10. Jahresgeneralversammlung nach Stadtlohn zu verlegen, um der gesamten christlich organisierten Arbeiterschaft des ganzen Kreises Gelegenheit zu geben, an dieser gewaltigen Kundgebung teilnehmen zu können.

Den Auftakt zu der Jubelfeier bildete die am Samstag, den 12. Juli, abends im Arbeitervereinshause stattgefundene, gut besuchte Funktionärversammlung, an der auch die Jubilare der Ortsgruppe teilnahmen. Der langjährige Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Beerlage, konnte in seiner Eröffnungsansprache neben den so zahlreich erschienenen Funktionären auch den Kollegen Böing, Düsseldorf, als Vertreter des Zentralvorstandes und den Kollegen Rehrmann, Münster, von der Bezirksleitung auf das herzlichste willkommen heißen.

Der Sekretariatsleiter, Kollege Nagelschmidt, gedachte zuerst der im Waldenburger Revier auf dem Felde der Arbeit gebliebenen Arbeitskollegen. Sodann auf den näheren Zweck der Funktionärversammlung eingehend, wies er darauf hin, daß das 30jährige Bestehen der Ortsgruppe an erster Stelle Veranlassung bieten solle, aller derjenigen zu gedenken, die immer ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt hätten. Er beglückwünschte die Kollegen Josef Himmelberg, Heinrich Ellers, Conrad Pohlmann und Wilhelm Kramer, die als Gründer der Ortsgruppe und nach einer 30jährigen Mitgliedschaft, sich noch heute an führender Stelle in der Organisation betätigten. Besonderer Dank gebühre aber dem Leiter der Ortsgruppe, Kollegen Beerlage, der während der ganzen Nachkriegszeit die Ortsgruppe geleitet hat und nunmehr selbst auf eine 28jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken könne. Ein ebenso herzlicher Dank gelte aber auch allen Vertrauenspersonen, die unermüdlich sich der Ortsgruppe zur Verfügung stellten. Besondere Anerkennung wurde den Kollegen Josef Roth, Bernh. Heming und Conrad Pohlmann, die bereits 10 Jahre den Posten als Vertrauensmann bekleiden, zuteil.

Alsdann übermittelten der Kollege Rehrmann, Münster, die Glückwünsche der Bezirksleitung und Kollege Böing, Düsseldorf, die Glückwünsche des Zentralvorstandes. Beide Redner wiesen auf die Bedeutung der Tätigkeit der Vertrauenspersonen in der Organisation hin. Im weiteren Verlauf der Versammlung wechselten Musikstücke mit dem Austausch von Erlebnissen aus der Vergangenheit älterer Kollegen ab. Nur allzu früh brach die dunkle Nacht herein, die Teilnehmer der Versammlung zum Heimweg ermahnend.

Am anderen Morgen, dem eigentlichen Festtage, prangte ganz Stadtlohn im Flaggenschmuck. Als die um 9 Uhr vormittags begonnene Generalversammlung des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften des Kreises Ahaus gegen 11,30 Uhr ihr Ende nahm, versammelten sich die Teilnehmer der Versammlung wie die Mitglieder der Ortsgruppe zu einem festlichen Zuge zum Marktplatz. In mustergültiger Ordnung nahm der Zug um den althistorischen Marktbrunnen Aufstellung, worauf die Musikkapelle und der Männergesangverein Sängerlust Beethovens Hymne: „Die Himmel rühmen des ewigen Ehre!" anstimmte. Kollege Nagelschmidt hielt alsdann an die Versammlung eine festliche Ansprache, die durch Lautsprecheranlage verstärkt wurde. Mit dem Absingen des Deutschlandliedes fand der vormittagliche Festakt seinen Abschluß.

Kurz nach 3 Uhr setzte sich vom Bahnhof aus der Festzug in Bewegung. Im Festzuge waren die Ortsgruppen Gronau, Epe, Ahaus, Vreden, Südlohn, Gescher, Velen und Stadtlohn vertreten. Auf dem Marktplatz ergriff Kollege Böing, Düsseldorf, das Wort zu seiner Festrede, die wiederum durch Lautsprecher verstärkt wurde. Der Redner gab mit markigen Worten einen Ausblick auf die Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. Männer, die sich nach Licht und Luft sehnten, hätten sich erhoben, um den Klassenkampf zu überbrücken. Dieser Kampf sei besonders in den ersten Zeiten recht schwer gewesen und habe viele Opfer gefordert. Aber sie hätten ausgeharrt und keine Mühe gescheut, und heute könnten sie stolz sein auf das erreichte Ziel. Immer, wenn Vaterland und Volk in Not gewesen wären, habe die christliche Arbeiterschaft ihren Platz wohl auszufüllen verstanden. An ihrem tatkräftigen Willen sei in der Nachkriegszeit manche Gefahr für das deutsche Volk gebrochen worden. So werde auch in Zukunft die christliche Arbeiterschaft in mannvoller Tat ihr Ideal sehen. Das Ziel der christlichen Arbeiterorganisation sei, die Ideen des Christentums in Volk und Wirtschaft zu verankern. Zwar sei die Zeit trübe und dunkel. Aber man dürfe hoffen, daß bald eine bessere Zukunft anbreche. Dieses würde der beste Lohn für Volk und Vaterland sein. Mit einem Hoch auf die Gewerkschaftstreue schloß der Kollege Böing seine Ausführungen.

Nach Beendigung des Festzuges verlebten die Festteilnehmer zusammen noch recht vergnügte Stunden bei Musik und Gesang.

Aus unserer Jugendbewegung

Münsterländisches Jugendtreffen der christlichen Gewerkschaften.

Wenn an die Münsterländische Gewerkschaftsjugend der Ruf ergeht, sich zu sammeln, ist sie zur Stelle. In der Tat, 3000 Jugendliche hatten sich am Sonntag, den 27. Juli, in Münster eingefunden. Bergarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Metaller und Textiler reichten sich nach getaner Arbeit der Woche die schwieligen Hände und tauschten jugendfrische Worte.

Der Nachmittagsveranstaltung ging morgens eine Delegiertensitzung voraus. Ein Prolog und ein schöner Reigen der Emsdettener Arbeiterinnengruppe bildeten einen guten Anfang des Jugendtreffens.

Jugendleiter Leuninger (Berlin) sprach dann. „Ziel und Weg der christlichen Gewerkschaftsjugend" war Inhalt seiner ernsten und idealen Worte. Die neue Zeit bricht an! Unsere Jugend sei Erbin eines 30jährigen Kampfes, des Kampfes um gerechten Arbeitslohn, um Wertung und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Das Erbe, das der Jugend hinterlassen bleibt, ist kein geringes. Die früheren Verhältnisse in der vorgewerkschaftlichen Zeit, verglichen mit der Jetztzeit, wie sie der Redner schilderte, zeigten das. Besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung hat viel erreicht. Aber heute zeigen sich wieder schwere Gewitterwolken am Himmel. Man will uns das wieder nehmen, was die Alten in jahrzehntelangem Kampfe errungen haben.

Die Arbeitslosigkeit und der materialistische Zeitgeist richten heute große seelische Verheerungen bei der Jugend an. Der Vernichtung des materialistischen Geistes gilt unser Kampf. Unsere Jugend will christlichen Gemeinschaftsgeist. Christliche Grundsätze, die sich Jahrtausende bewährt haben, sollen Wirtschaft und Volk durchdringen.

Der Kampf um die Erreichung unserer Ziele stellt an uns große Anforderungen. Nicht nur Beitragzahlen und Mitmachen bei Jugendveranstaltungen, sondern Mitarbeit und selbstlose Hingabe ist erforderlich, soll unsere Bewegung lebendig bleiben. Der Arbeitsplatz muß unser Kampfplatz sein. Unsere Sache bedarf der jugendfrischen Tat gepaart mit den Erfahrungen der Alten. Wenn alle in der Bewegung aktiv sind, dann ist der Sieg unser.

Anschließend daran hielt Kollegin Heister (Rheine) einen Vortrag: „Jugendliche Arbeiterin und Gewerkschaft". Für unsere werktätige Jungmädchen sind die Fragen des Berufs- und Gewerkschaftslebens genau so ernst und wichtig wie für unsere Jungmannen. Die bedeutende Zunahme der jungen Mädchen, die heute in das Erwerbsleben eintreten, bedinge, daß die christlichen Gewerkschaften sich der jugendlichen Arbeiterin mehr annehmen. Wir fordern für unsere Jugend genügende Freizeit zur Erholung, zur Lebenstüchtigung, zur beruflichen und hauswirtschaftlichen Aus- und Fortbildung. Wir wollen der Arbeiterin in ihrer Erwerbsarbeit einen Berufsinhalt geben, damit sie nicht wurzellos dasteht. Unsere weibliche Jugendbewegung muß der Grundstein zu einer neuen, starken, einflußreichen Arbeiterinnenbewegung werden. Wir werden's schaffen, weil wir wollen!

Beide Vorträge brachten lebhafte Zustimmung. An der Aussprache beteiligte sich mit hell begeisterten Worten die frisch vorandrängende Jugend und das vorsichtig abwägende und erfahrene Alter. Die Jugend weiß die Arbeit der Alten zu schätzen und sieht einen vereinten Kampf für unser Ziel als unentbehrlich an. Noch ein paar schöne Reigen gaben einen sinnvollen Abschluß der Vormittagstagung.

Der Wettergott, der uns frühmorgens grollte, zeigte für die Kundgebung nachmittags volles Verständnis. Die lachende Sonne prallte auf die grünkupfernen Dächer des altehrwürdigen Domes. Mit klingendem Spiel zogen die Jugendgruppen zum Domplatz. Von dort setzte sich der riesige Festzug der münsterländischen Gewerkschaftsjugend in Bewegung zu den großen Anlagen des Schützenhofes. Manch älterer, zweifelnder Kollege, manch junger, gleichgültiger Arbeiter konnte mit neuer Hoffnung, mit heller Begeisterung erfüllt werden, als der fast endlose Zug der jungen Werktätigen durch die alte Hauptstadt Westfalens marschierte und unsere Stärke und Geschlossenheit zum Ausdruck brachte.

Auf der Kundgebung im Schützenhof sprach Bezirksleiter Heeke in kurzen, wuchtigen Worten zu der Jugend. Er forderte sie auf zur Durchführung unseres Zieles, der gleichberechtigten Einordnung der Arbeiterschaft in Gesellschaft und Staat. Die Arbeiterschaft sei ein bedeutendes Glied der Gesellschaft. Wenn dem so ist, müsse man ihr Raum, Luft und Freiheit geben. Um dieses kämpfen wir. Unsere Jugend ist da unsere Hoffnung. Sie wird uns nicht trügen, wenn sie nach den wahren christlichen Gewerkschaftsideen handelt.

Ein Hoch erscholl, und als Treuschwur das Lied „Wann wir schreiten Seit' an Seit' —. Und mit uns zieht die neue Zeit —."

Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte
Weltgeschichte

Endlich eine Weltgeschichte, die nicht nur eine Zierde des Bücherschrankes darstellt, sondern auch mit anhaltendem und steigendem Interesse gelesen werden kann und dennoch ein solides Wissen vermittelt. Diese Weltgeschichte erscheint demnächst in unserem Verlag. Der Preis wird, wie bei allen unsern Verlagserscheinungen, vorbildlich niedrig sein. Beachtet, bitte, unsere weiteren Ankündigungen.

Christlicher Gewerkschaftsverlag
Berlin-Wilmersdorf

Dann begann überall ein fröhliches Treiben. Auf Rasenflächen und in den Räumen ließ man sich nieder. Spiel und Lieder wechselten in den einzelnen Gruppen bis zur Heimfahrt ab. Der Jugendtag hat zur Neubelebung unserer Jugendarbeit stärkstens beigetragen.

Jugendtreffen des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Am Samstag, den 26., und Sonntag, den 27. Juli, veranstaltete der christliche Textilarbeiterverband mit seinen Jugendgruppen Augsburg, Kempten, Kottern und Kaufbeuren einen Ausflug nach Füssen zum Besuch der dortigen Ortsgruppe. Trotz der nicht günstigen Zeitverhältnisse und trotz des launischen Wettergottes der vorhergegangenen Tage hatte sich eine ganz ansprechende Zahl von Jugendlichen im schönen Städtchen am Fuße des Lechs zusammengefunden.

Der Samstag galt gleich nach Ankunft noch der Besteigung des vielgenannten und sehr schön gelegenen Kalvarienberges. Eine herrliche Rundsicht auf die Stadt, die Berge und die wunderschönen Königsschlösser lohnte diese Partie. Nach dem Abstieg, der uns noch die Schönheiten des romantischen und trotzigen Gebirgsflusses und die Umgebung Füssens erschloß, traf man sich zu einem Begrüßungsabend im Kath. Gesellenhause. Ehrenvorsitzender Kollege Grumm der Ortsgruppe Füssen entbot hierbei allen Teilnehmern herzlichen Willkommengruß, insbesondere dem Bezirksleiter Kollegen Geier, sowie Kollegen Egger und Echtler. Er gab mit warmen Worten der Freude über den Besuch Ausdruck und sprach den Wunsch aus, daß dieses Treffen einen recht fröhlichen und der Bewegung dienenden Verlauf nehmen möge. Nach einigen gemeinsam gesungenen Liedern und einem vorgetragenen Prolog sprach Bezirksleiter Kollege Geier in kurzen, der Jugend angepaßten Worten über den Zweck des Treffens und den Zielen unserer Bewegung. Ehrlicher Beifall lohnte die treffenden, an die Ideale der Jugend appellierenden Ausführungen. Eine besondere humorvolle Ueberraschung bedeutete im Laufe des Abends noch die Uebergabe eines echten „Augsburger Datschi", den Jugendleiter Echtler unter schallendem Gelächter der Ortsgruppe Füssen als eßbares Geschenk für die gastliche Aufnahme präsentierte. Hierauf erfolgte seitens eines Vorstandsmitgliedes der Füssener Ortsgruppe noch die Uebergabe von Wimpelbändern an die beteiligten Jugendgruppen, welche dieselben durch Dankesworte der Wimpelträger in Empfang nahmen. Den Rest des Abends füllten noch musikalische Darbietungen der Augsburger Jugendmusik sowie mehrere humoristische Vorträge, wobei die Jugendlichen aller beteiligten Gruppen wetteiferten. Leider allzurasch gemahnte der vorgerückte Zeiger der Uhr gebieterisch zum Aufbruch. Schweren Herzens verließen jung und alt die gemütliche Stätte, um sich in die in freundlicher Weise überlassenen Quartiere zu begeben. Die Mehrzahl nächtigte in der dortigen städtischen Jugendherberge, wo sie ebenfalls recht gastliche Aufnahme fand.

Der Sonntag, von herrlichstem Sonnenschein eingeleitet, galt einer Wanderung auf die Burgruine Falkenstein. Nach gemeinsamem Frühstück und darauffolgendem Kirchgang erfolgte mit klingendem Spiel und frohen Liedern der Abmarsch. Nach etwa dreistündiger Wanderung war der Gipfel des Falkensteins erreicht. Herrliche Naturschönheit und der prächtige Rundblick entschädigten die Mühen vollauf. Nach wohlverdienter Rast und Einnahme des Mittagsmahles (Rucksackproviant) ging es wieder bergab über die Salloberalm gen Füssen zu. Unterwegs noch einige Male kurz rastend und sich dabei die des Weges liegenden Sehenswürdigkeiten betrachtend, langten wir in Füssen an. Dort kamen auf einem ideal gelegenen Platze noch einige Wettspiele unter den Gruppen zum Austrag, wobei die Gruppe Kempten-Kottern den ehrlich verdienten Siegespreis in Form eines Kranzes Knackwürste freudestrahlend in Empfang nehmen konnte.

Nach einem kurzen, herzlichen Abschied von den Füssener Kollegen geschah die Rückfahrt der auswärtigen Gruppen per Bahn und Omnibus. Wenn hierbei der Abschied auch etwas schwer war, sogar so schwer, daß der Augsburger Jugend vor lauter Abschiedwinken die Taschentücher aus dem fahrenden Zuge fielen, so war man sich doch bewußt, ein paar wirklich schöne Tage erlebt zu haben. Man schied ferner in dem Bewußtsein, einen schönen Fleck unserer lieben Heimat kennen gelernt und zu allem noch unserer Bewegung, unserem christlichen Textilarbeiterverband gedient zu haben.

Bekanntmachung

Ortsgruppe Langenberg (Thür.).

Freitag, den 15. August, im Restaurant „Stadt Gera" außerordentliche Versammlung. Alle Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

1. Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Dresden.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand der Ortsgruppe Langenberg.

† Sterbetafel †

Marie Hiemes, Blaichach, 50 J. — Marie Haier, Neugersdorf, 78 J. — Wilh. Ditges, Viersen, 69 J. — Joh. Ebbing, Bocholt, 70 J. — Wilhelmine Vogler, Memmingen, 24 J. — Josef Kempe, Neustadt/Schles., 66 J. — Heinr. Wenning, Ahaus, 77 J. — Aug. Hensel, Wehrsdorf, 76 J. — Heinr. Beeck, Schiefbahn, 20 J. — Aug. Steiner, Landeshut, 54 J. — Paula Mußler, Waldkirch, 28 J. — Albin Jahn, Greiz/Vogtl., 81 J. — Emma Neumann, Neusalz/Oder, 29 J. — Heinr. Hünting, Bocholt, 84 J. — Agnes Tietze, Neustadt/Schl., 70 J. — Emma Köcher, Zittau/Schles., 57 J. — Elisab. Lehmkuhl, Wettringen, 17 J. — Heinr. Müller, Langenbielau, 78 J. — Barbara Burger, Waldkirch, 67 J. — Jak. Werners, Aachen, 65 J. — Martha Schwarzbach, Ostritz, 32 J. — Matthias Loyen, M.Gladbach, 68 J. — Kath. Ringel, Neuß, 60 J. — Joh. Klumpen, Vreyell, 70 J. — Karl Meyer, Nieukerk, 20 J. — Joh. Schmitz, Bettrath, 70 J. — Matth. Brauweiler, Holt, 68 J. — Robert Starke, Glauchau, 71 J. — Minna Göritzer, Pößneck, 71 J. — Matth. Kaisers, Lobberich, 60 J. — Rob. Keller, Engelskirchen, 70 J. — Herm. Jos. Sittard, Aachen, 80 J. — H. Bose, Neuenkirchen, 70 J. — Heinr. Breme, Ibbenbüren, 52 J. — Franz Döhmer, Emsdetten, 58 J. — Herm. Robert, Haltern, 52 J. Wilh. Terhardt, Bocholt. — Martin Böcken, M.Gladbach, 63 J. — Heinr. Liesen, M.Gladbach, 74 J. — Wilh. Schwarz, Barmen, 71 J. — Moritz Knobloch, Ringenhain, 54 J. — Herm. Schiewelkamp, Metelen, 62 J. — Gerh. Alsmeyer, Bentheim, 49 J.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit. — Arbeitslosigkeit, eine internat. Erscheinung. — Pharisäer. — Reichswirtschaftsrat untersucht Möglichkeiten der Preissenkung. — So geht es nicht! — Senkung der Zinssätze! — Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaft im Jahre 1929. — Jugend und soziale Not. — Die wirtschaftliche und soziale Lage der Textilarbeiterin. — Sozialversicherung nach der Notverordnung. — Zuwachs der Erwerbstätigen. — Christlich-nationale Krankenkassentagung. — 30 Jahre christlicher Textilarbeiterverband Stadtlohn. — Feuilleton: Spitzen, Stickereien, Gardinen und Tülle. — Beispiel. — Allgemeine Rundschau: Kirche und Arbeitslosigkeit. — Die Finanzen der Arbeitslosenversicherung. — Aus unserer Jugendbewegung: Münsterländisches Jugendtreffen der christlichen Gewerkschaften. — Jugendtreffen des christlichen Textilarbeiterverbandes. — Bekanntmachung. — Sterbetafel. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastr. 7.

Einen sehr weit verbreiteten und infolge eines überaus guten Erfolges vollberechtigten internationalen Ruf genießt das unter dem Namen der „Lautenschläger'schen Pyrmoorkur" bekannte Naturheilverfahren. Es handelt sich bei dieser Heilmethode um eine glückliche Kombination der naturwissenschaftlichen Heilkunde mit den modernsten medizinischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Bäderheilkunde. Die Kur kann von jedermann bequem zu Hause, ohne Berufsstörung, vorgenommen werden, sodaß dadurch der kostspielige Besuch eines Badeortes oder Sanatoriums erspart bleibt. Prof. Dr. med. Ferrua, der berühmte Universitätsprofessor für allgemeine Pathologie, hat sich in jüngster Zeit eingehend mit dem Pyrmoor-Naturheilverfahren beschäftigt und berichtet in seinem Werk über glänzende Heilerfolge. Prospekte sind kostenlos erhältlich durch die Leitung des Pyrmoor-Naturheil-Institutes, München B 88, Münzstr. 9

Zur natürlichen Bräunung der Haut
fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhafte Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Oeffentlicher Dank
Vor 4 Jahren erkrankte ich an einem schweren Nervenleiden mit
Lähmung beider Beine
konnte kein Glied noch Gelenk bewegen, denn vom Hüftgelenk ab waren die unteren Extremitäten vollständig abgestorben, ich wurde ein ganzes Jahr von meiner Frau und Tochter nur gehoben und getragen. Die mich behandelnden Ärzte stellten mein Leiden als vollkommen hoffnungslos und unheilbar hin. Von meiner Behörde wurde ich mit 42 Jahren in den Ruhestand versetzt. Allen Kuren, Mitteln und sonstigen Bemühungen trotzte mein hartnäckiges Leiden.
Durch eine Zeitschrift erfuhr ich von der Lautenschläger'schen Pyrmoor-Kur, die bequem in der Wohnung vorgenommen werden kann. Ich entschloß mich sofort für die Kur und nahm dieselbe mit vollem Vertrauen in meiner Wohnung zur Anwendung. Zu meiner großen Freude wurde das Leiden bald zum Stillstand und auch zur Heilung gebracht und bin nun heute soweit hergestellt, daß ich ohne fremde Hilfe mich selbst behelfen, große Strecken laufen und sogar Berge besteigen kann. Die Bewunderung meiner Bekannten und Ärzte ist sehr groß.
Aus diesem Grunde spreche ich, nächst Gott, der Lautenschläger'schen Pyrmoor-Heilanstalt hiermit freiwillig und öffentlich meinen herzlichsten Dank aus. Ich werde nie verfehlen, die Leidenden auf die vorzügliche, segensreiche Kur aufmerksam zu machen und zu empfehlen.
G.1.8.30. Ludwig Schulz, Stadtobersekretär i. R.
Auskunft erteilt kostenlos das Pyrmoor-Naturheil-Institut, München B 88, Münzstr. 9. (Doppelbriefporto beifügen.) Seit 25 Jahren anerkannte Erfolge bei Nervenleiden, Lähmungen, Nervenkrämpfen, Gelenkerkrankungen, Epilepsie, Gicht. Hunderte Anerkennungsschreiben.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nervösen Ohrenschmerzen. Glänzende Anerkennungen.
Dr. med. Eisenbach
München, 66. Bayerstr. 35/I

Junghühner, la Leger, 3,10 M. Leghorn, 3 Monate alt, 3,50 M. Preisliste frei. Simons, Geflügelhof, Jüchen 200.

Kropf
Satthals, Drüsenschwellungen, Kloster Indersdorfer Kropfbalsam altbewährt und empfohlen. 1 Fl. Mk. 3.— Kloster-Apotheke, Kloster Indersdorf 23, Oberbay.

Regenwetter
Oelhaut
i. d. Tasche zu tragen, unverwüstlich
à Meter M. 3.50
Pelerinen v. „ 9.75
Mantel „ 18.75
Prospekt und Stoffmuster gratis.
Spezialhaus f. Regenbekleidung
D.O. MICHEL, Dresden
Mathildenstr. 56

„Der Deutsche"
ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers